

Demokratiefördernde Jugendsozialarbeit im ländlichen Raum als Prävention gegen das Erstarken rechtsextremer Jugendorganisationen am Beispiel der „Identitären Bewegung“

Martina Freisinger

veröffentlicht unter den socialnet Materialien

Publikationsdatum: 13.12.2021

URL: <https://www.socialnet.de/materialien/29384.php>

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

**Demokratiefördernde Jugendsozialarbeit im ländlichen
Raum als Prävention gegen das Erstarren
rechtsextremer Jugendorganisationen am Beispiel der
„Identitären Bewegung“**

Wie kann demokratiefördernde Jugendsozialarbeit im ländlichen Raum
dem Erstarren rechtsextremer Jugendorganisationen
entgegenwirken?

Bachelorthesis

Zur Erlangung des akademischen Grades des
Bachelor of Arts (B.A.)
im Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“

vorgelegt von:

Name: Martina Freisinger

Mat.-Nr.: 803899

E-Mail:

Semester: 7/7

Erstgutachterin: Prof. Dr. Anja Dieterich

Zweitgutachter: Tim Wersig

Abgabedatum: 04.02.2021

Abstract

In der vorliegenden Arbeit werden der Rechtsextremismus und rechtsextreme Jugendorganisationen als gesellschaftliche Probleme herausgestellt. Generelle Merkmale dieser Ideologie sind die Ablehnung gesellschaftlicher Vielfalt zugunsten eines vermeintlich einheitlichen „Volks“ und eines autoritären Staats. Die „Identitäre Bewegung“ hüllt diese Werte in moderne Begriffe und profitiert von einer breiten Vernetzung mit anderen extrem rechten Akteur*innen sowie Parteien und Organisationen in diesem politischen Spektrum, die in die nicht rechtsextreme Mehrheitsgesellschaft hineinwirken.

Dem Erstarken dieser Organisationen entgegenzuwirken ist die zentrale Motivation der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit. Als deren wichtigste Grundsätze werden Niedrigschwelligkeit, das Vermitteln von Selbstwirksamkeit und die Alltagsnähe der Arbeit beschrieben. Gegenüber der schulischen politischen Bildungsarbeit und der Extremismusprävention, mit denen sie zusammenwirkt, zeichnet sich die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit durch ihre Unabhängigkeit von einer schulischen Agenda und einer konkreten Gefährdungslage aus.

Studien zum politisch-gesellschaftlichen Engagement von Jugendlichen zeigen, dass ein Fremdheitsgefühl zur Parteipolitik und zu demokratischen Institutionen existiert. Deutlich wird ebenfalls, dass privilegierte Jugendliche ein größeres Interesse an Politik und weniger privilegierte Jugendliche häufiger rechtsextreme Einstellungsmuster aufweisen. Der Gestaltungsanspruch, den Jugendliche für sich erheben, hat sich deutlich verstärkt und wird von einem persönlichen Zugang zu engagierten Gruppen und konkreten Identifikationspunkten beeinflusst. Auf diese Erkenntnisse wird durch verschiedene politische Programme der Beteiligung von Jugendlichen in Politik und Gesellschaft reagiert, etwa durch eine gezielte Unterstützung lokaler Initiativen in der Ansprache von Jugendlichen oder der gesetzlichen Verankerung von Jugendbeteiligungsstrukturen in Kommunen.

Als drei wesentliche Herausforderungen und Perspektiven der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit werden die interkulturelle und interdisziplinäre Öffnung der Einrichtungen der Sozialen Arbeit, der professionelle Umgang mit Rechtsextremismus und rechtsextrem orientierten Jugendlichen sowie die besondere Förderung von Partizipation bei benachteiligten Jugendlichen beschrieben. Vom Engagement der Sozialen Arbeit in diesen drei Bereichen hängt es ab, wie stark sie in Zukunft die demokratische Gesellschaft fördern und der rechtsextremen Ideologie entgegenwirken kann.

Inhaltsverzeichnis

Inhalt	Seite
Abstract	2
Inhaltsverzeichnis	3
1. Einleitung	4
2. Rechtsextreme Jugendorganisationen am Beispiel der „Identitären Bewegung“	7
2.1. Ideologische Grundlagen.....	7
2.2. Vernetzung im rechtsextremen Spektrum und Anknüpfungspunkte an die nicht rechtsextreme Gesellschaft.....	9
2.3. Auftreten in Brandenburg.....	12
3. Begriffsbestimmung demokratiefördernde Jugendsozialarbeit	14
4. Jugendliches Engagement im ländlichen Raum	17
4.1. Jugendliches Engagement im wissenschaftlichen Diskurs.....	17
4.2. Umfrage zum Interesse von Jugendlichen am Jugendforum Falkensee.....	21
5. Politische Programme für demokratiefördernde Jugendsozialarbeit	23
6. Aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit	26
6.1. Interkulturelle und interdisziplinäre Zusammenarbeit.....	27
6.2. Arbeitsansätze zur Entkräftung rechtsextremer Narrative.....	30
6.3. Sensibilität in der Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen.....	33
7. Fazit	37
Literaturquellen	39
Internetquellen	41
Anhang	44
Ergebnisse der Umfrage zum Interesse von Jugendlichen am Jugendforum Falkensee.....	45
Eigenständigkeitserklärung.....	53

1. Einleitung

Der Rechtsextremismus ist in den vergangenen Jahren insbesondere durch schwere politisch motivierte Gewalttaten zu einem öffentlichen Diskussionsthema geworden. In der politischen Debatte haben wieder Worte und Ressentiments ihren Platz eingenommen, die in der nicht-rechtsextremen Mehrheitsgesellschaft lange als unsagbar galten. Gleichzeitig werden Versuche, die gesamtgesellschaftlichen Grundlagen für rechtsextreme Gewalttaten zu erfassen, oft abgewehrt. Häufen sich an einem Ort Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund, wird von der Sozialen Arbeit verlangt, die Lage schnell zu beruhigen. Eine Gesamtbetrachtung der Möglichkeiten der verstärkten demokratischen Beteiligung insbesondere von Jugendlichen bleibt dabei häufig aus.

Auch die Ausdrucksformen des Rechtsextremismus verändern sich. Immer gezielter werden Jugendliche und politisch ungefestigte Menschen angesprochen. Insbesondere die „Identitäre Bewegung“ zieht durch öffentlichkeitswirksame Aktionen und ein professionelles mediales Auftreten die Aufmerksamkeit junger Menschen auf sich und unternimmt den Versuch, die Jugendkultur für ihre demokratiefeindlichen Positionen zu vereinnahmen.

Angesichts dieser Gemengelage stellt sich die Frage, welchen Beitrag die Soziale Arbeit leisten kann, um die demokratische Gesellschaft zu stärken und Jugendlichen Alternativen zu rechtsextremen Narrativen aufzuzeigen. Welche professionelle Haltung muss sie gegenüber rechtsextrem orientierten Jugendlichen einnehmen, wie kann sie mit ihrer Arbeit ein aktiver Teil einer demokratischen Gegenbewegung zur rechtsextremen Ideologie sein und welche Argumente kann sie gegenüber politischen Gremien vertreten, um den Fortbestand ihrer Arbeit zu sichern? Diese Fragen bildeten den Ausgangspunkt für diese Bachelor-Thesis, die sich der übergeordneten Frage widmet: *Wie kann demokratiefördernde Jugendsozialarbeit im ländlichen Raum dem Erstarken rechtsextremer Jugendorganisationen entgegenwirken?*

Um diese Frage zu beantworten, wird im zweiten Kapitel der vorliegenden Arbeit zunächst ausführlicher auf das Problem des Rechtsextremismus eingegangen und hierfür beispielhaft die „Identitäre Bewegung“ als eine der moderneren und bekannteren rechtsextremen Jugendorganisationen beschrieben. Nach einer kurzen Einführung in die Grundlagen rechtsextremer Ideologie und der Verortung der „Identitären Bewegung“ darin (2.1.) wird sich das dritte Kapitel insbesondere mit der Vernetzung dieser Gruppe im rechtsextremen

Spektrum und ihren Anknüpfungspunkten an die nicht rechtsextreme Gesellschaft befassen (2.2.). Ein kurzer abschließender Blick auf ihr Auftreten in Brandenburg soll verdeutlichen, welche ideologische und personelle Strahlkraft die „Identitären“ auch in den ländlichen Raum hinein besitzen und welche Gefahr sie für Jugendliche angesichts dessen darstellen (2.3.).

Im dritten Kapitel wird die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit als eine Möglichkeit der Abwehr rechtsextremer Ideologie vorgestellt. Hierfür werden anhand der hinzugezogenen Fachliteratur zunächst drei Grundpfeiler definiert und beschrieben, bevor die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit in ihrem Zusammenspiel mit und der Abgrenzung zu schulischer politischer Bildung und der Extremismusprävention dargestellt wird. Hieraus ergibt sich die konkrete Rolle der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit in diesem Arbeitsfeld.

Im vierten Kapitel dieser Arbeit wird dargestellt, in welchem gesellschaftlich-politischen Kontext sich die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit bewegt und wie sie dementsprechend ihre Ziele setzen kann. Dafür wird anhand dreier sehr unterschiedlicher Studien exemplarisch gezeigt, inwieweit unter Jugendlichen in Deutschland Interesse an Politik sowie politischem und ehrenamtlichem Engagement besteht. Faktoren, die dieses Interesse, aber auch die tatsächliche gesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen beeinflussen, werden erklärt und es wird beispielhaft erläutert, was Jugendliche zu einem aktiven politischen und gesellschaftlichen Engagement an ihrem Wohnort motiviert. Hieraus ergeben sich ebenfalls Spezifika des ländlichen Raums in Bezug auf demokratische Beteiligungsmöglichkeiten, die in diesem Kapitel benannt werden.

Anhand dieser Erkenntnisse wird im fünften Kapitel auf die Frage eingegangen, ob und wie die politischen Ebenen Demokratieförderung unter Jugendlichen betreiben. Handlungsstrategien und -anweisungen von Bundesebene und der Brandenburgischen Landes- und Kommunalebene werden erläutert.

Im Anschluss werden die gesammelten Erkenntnisse über die Problematik des Rechtsextremismus, die Aufgabe der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit und ihre Einbettung in einen jugendpolitischen Kontext im sechsten Kapitel zur Frage zusammengeführt, welche Herausforderungen und Perspektiven sich hieraus für die Zukunft der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit ergeben. Mit Fokus auf die interkulturelle und interdisziplinäre Aufstellung der Sozialen Arbeit, ihre Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und ihre Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen werden einige Projekte vorgestellt und Vorschläge unterbreitet, welche professionelle Grundhaltung Sozialarbeiter*innen

einnehmen sollten, welche Handlungsmöglichkeiten sich ihnen eröffnen und wie sie mit der demokratischen Zivilgesellschaft zusammenwirken können. Leiten durch dieses Kapitel wird die Frage, wie die Soziale Arbeit in unterschiedlichen Kontexten Jugendlichen eine aktive Teilhabe an der Demokratie ermöglichen und somit dem Erstarken rechtsextremen Gedankenguts entgegenwirken kann.

Schließlich werden die Ergebnisse dieser Arbeit im siebten Kapitel zu einem Resümee geführt. Ausblickend auf die Zukunft der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit werden Aspekte genannt, die es in der praktischen Sozialen Arbeit, ihrer Wissenschaft und auf politischer Ebene umzusetzen gilt, damit die Soziale Arbeit weiterhin und gestärkt ihren Teil zu einer demokratischen Gesellschaft beitragen kann.

Insbesondere im zweiten Kapitel dieser Arbeit lässt es sich nicht vermeiden, einige rechtsextreme Begriffe zu nennen und Argumentationslinien zu reproduzieren. Dies geschieht in vollem Problembewusstsein, welche Gefahren diese Ideologie für die Gesundheit und das Leben von Menschen, die gesellschaftliche Vielfalt und den demokratischen Staat darstellt. Begriffe, die Rechtsextreme zu ihrer Selbstverortung nutzen, sowie Namen rechtsextremer Organisationen, Verlage und Vereine werden daher in Anführungszeichen gesetzt, um die Abgrenzung der Autorin und ihrer Arbeit zu dieser Ideologie zum Ausdruck zu bringen. Beschreibungen der rechtsextremen Weltsicht werden stets kritische wissenschaftliche Einordnungen entgegengestellt.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, den Rechtsextremismus und rechtsextreme Organisationen als ernstzunehmendes Problem für die demokratische Gesellschaft herauszustellen, dabei aber eine isolierte Betrachtung dessen zu überwinden. Vielmehr soll die Verantwortung der nicht-rechtsextremen Mehrheitsgesellschaft für die Reproduktion rechtsextremen Gedankenguts einerseits und die Bekämpfung dessen andererseits betont werden. Die Profession und die Wissenschaft der Sozialen Arbeit sollen mit dieser Arbeit dazu ermutigt werden, ihr politisches Mandat wahrzunehmen, indem sie Jugendliche an demokratische Werte und Beteiligungsmöglichkeiten heranführen und sich für die Öffnung demokratischer Institutionen für jugendfreundliche, innovative Beteiligungsformen einsetzen.

2. Rechtsextreme Jugendorganisationen am Beispiel der „Identitären Bewegung“

Das zweite Kapitel dieser Arbeit widmet sich jenem Problem, das den Anstoß zu ihrer Fragestellung gegeben hat: der Präsenz rechtsextremer Jugendorganisationen in Deutschland, auch im ländlichen Raum, ihrer ideologischen Verortung und Vernetzung innerhalb des rechtsextremen Spektrums und ihrer Wirkung in die demokratische Gesellschaft hinein. Das rechtsextreme Spektrum ist vielfältig. Immer wieder bilden sich neue Jugendgruppen, die erstarken, wachsen und zum Teil wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. In diesem Kapitel werden die genannten Punkte am Beispiel der „Identitären Bewegung“ erläutert. Diese war zum einen in den letzten Jahren medial sehr präsent, zum anderen gelingt es ihr durch aufwendige Image-Pflege, rechtsextremer Ideologie eine moderne, jugendkulturelle Fassade zu verleihen. Das macht sie für verschiedenste Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit ihrer Ideologie identifizieren, anschlussfähig und verschafft ihr so auch im ländlichen Raum Wirkungsmacht.

2.1. Ideologische Grundlagen

Rechtsextremismus als Begriff unterliegt unterschiedlichen Definitionen, von denen zwei hier kurz genannt werden sollen, die Grumke (2017) in einem einführenden Text zur Verortung des Rechtsextremismus in Deutschland vorstellt. Staatliche Institutionen definieren Rechtsextremismus demnach vor allem als politische Aktivität mit dem Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu überwinden. Des Weiteren finde eine Abstufung je nach Grad der negativen Haltung zur demokratischen Verfassung statt. So werde als Radikalismus bezeichnet, was der Verfassung kritisch gegenüberstehe, aber nicht ihre Abschaffung zum Ziel habe, während Extremismus als offene Verfassungsfeindlichkeit gelte. Erst wenn sich der Extremismus einer Person oder Gruppierung zweifelsfrei feststellen lasse, werde diese vom Verfassungsschutz überwacht. (vgl. S. 22–24)

Der politikwissenschaftliche Begriff des Rechtsextremismus geht laut Grumke über diese Einordnung manifester Verfassungsfeindlichkeit hinaus und berücksichtigt auch Verhalten und Einstellungen ebenso wie rechtsextreme Zielsetzungen, die nicht explizit verfassungsfeindlich sind, etwa die gezielte Diskursverschiebung innerhalb der demokratischen Gesellschaft und ihrer Institutionen hin zu einer gesellschaftlichen Lebensrealität jenseits der

verfassungsmäßigen Ordnung. In dieser Definition des Rechtsextremismus werden darüber hinaus verschiedene einzelne, dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnende Einstellungsmuster berücksichtigt, die laut Untersuchungen mit rechtsextremen Personen teilweise oder vollständig unterstützt werden, etwa Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Pro-Nazismus. (vgl. Grumke 2017, S. 24–26)

Als generelle Merkmale des Rechtsextremismus nennt Grumke im Folgenden die Ablehnung universeller, gleicher Menschenrechte aufgrund von rassistischen Zuschreibungen, das Leitbild der „Volksgemeinschaft“ (dem Verschmelzen eines homogenen Volks mit einem autoritären Staat) und die Unterordnung des Individuums unter diese „Volksgemeinschaft“, Nationalismus und eine damit einhergehende feindselige Haltung gegenüber anderen Staaten und ethnischen Gruppen sowie Geschichtsrevisionismus, also die Verharmlosung oder Verherrlichung der nationalsozialistischen Diktatur bis hin zur Leugnung des Holocaust und der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg. Identitätsstiftend für Rechtsextreme sei die Selbstwahrnehmung als politisch Verfolgte, als bedrohte sogenannte „weiße Rasse“ sowie als Gegenbewegung zum gesellschaftlich-politischen Establishment. Auch Antiimperialismus und Antikapitalismus werden zunehmend aufgegriffen, etwa als Abwehr der Globalisierung zum Schutz des Volkes und als Versuch der Vereinnahmung des Kampfes gegen soziale Ungerechtigkeit unter Heranziehung der Idee eines völkischen Sozialismus. (vgl. ebd. S. 26–29)

All diese Punkte treffen auch auf die „Identitäre Bewegung“ zu. Gleichzeitig bedient sie sich für ihre Selbstbeschreibung Worten, die zunächst den Eindruck einer Abgrenzung zum Rechtsextremismus erwecken, wie Speit (2018a) deutlich macht. So sehe sich die „Identitäre Bewegung“ in der Tradition der „Konservativen Revolution“, einer rechtsintellektuellen Bewegung gegen die liberale Demokratie in der Weimarer Republik, die Parlamentarismus und universelle Menschenrechte ablehnte. Die „Neue Rechte“ (in Abgrenzung zur „Alten Rechten“, die sich explizit an der nationalsozialistischen Diktatur orientiert) greife die Grundsätze der „Konservativen Revolution“ auf, entwickle sie weiter, teile aber ihre Ablehnung von Pluralismus und Egalität. (vgl. S. 57–63)

Mit dem Begriff „Ethnopluralismus“ gebe die „Identitäre Bewegung“ vor, sich von rassistischem, völkischem Gedankengut abzugrenzen, während sie dieses tatsächlich reproduziere. Jede Ethnie habe diesem Begriff nach „einen angestammten Lebensraum mit eigener Identität, Kultur und Tradition“ (Speit 2018a, S. 69). Diese unveränderbaren Eigenschaften können sich laut der Ideologie des „Ethnopluralismus“ nur an ihrem angestammten Platz

auf der Welt entwickeln. Universelle, individuelle Menschenrechte werden somit ersetzt durch auf die Ethnie fokussierte Rechte und Zuschreibungen. Durch „Remigration“ solle, so Speit, eine Rückführung derjenigen durchgesetzt werden, die aus Sicht der „Identitären Bewegung“ einer anderen Ethnie und somit nicht der deutschen Gesellschaft angehören. Diese Forderung werde verstärkt durch ein wiederkehrendes verschwörungsideologisches Narrativ vom „großen Austausch“ der angestammten europäischen Bevölkerung durch Migrant*innen insbesondere aus Asien und Afrika. Der globalisierten Marktwirtschaft setze die „Identitäre Bewegung“ die Propagierung von Heimat- und Volksliebe entgegen. (vgl. Speit 2018a, S. 69–71)

Weniger ideologisch als organisatorisch neuartig sei an der „Identitären Bewegung“ vor allem, dass sie sich Aktionsformen bediene, die meist von linken und Umweltgruppen genutzt werden. Die Symbolkraft dieser Aktionen (etwa der Besetzung des Brandenburger Tors in Berlin 2016) solle zum einen Aufmerksamkeit erregen und dadurch den Diskurs in Politik und Gesellschaft auf ihre Seite des politischen Spektrums verschieben, zum anderen die Wahrnehmung der Gruppe als Revolutionäre und Widerstandskämpfer*innen nach innen und außen pflegen. (vgl. Speit 2018b, S. 19–22)

2.2. Vernetzung im rechtsextremen Spektrum und Anknüpfungspunkte an die nicht rechtsextreme Gesellschaft

Gegründet und aufgebaut wurde die „Identitäre Bewegung“ vom Österreicher Martin Sellner und dem neurechten Intellektuellen Götz Kubitschek, der den im rechtsextremen Spektrum namenhaften Verlag „Antaios“, die Zeitschrift und den Blog „Sezession“ sowie die neurechte Schulungsplattform „Institut für Staatspolitik“ im Sachsen-Anhaltischen Schnellroda betreibt. Letzterer halte sich – auch da er bereits das Jugendalter weit überschritten hat – im Hintergrund, habe aber die ideologischen Grundlagen gelegt und Aktivist*innen verschiedener rechtsextremer Gruppen vernetzt. (vgl. Speit 2018b, S. 22–26)

Ebenfalls greife die „Identitäre Bewegung“ auf Literatur neurechter Intellektueller zurück, um sich ideologisch zu definieren, auch auf Literatur Kubitscheks, und genieße umgekehrt innerhalb der rechtsextremen Szene ein breites Medienecho (vgl. ebd. S. 20f., 25f., 27f., 29–31). Kubitschek verlege im Verlag „Antaios“ Bücher der bekannten Aktivisten der „Identitären Bewegung“ Martin Sellner und Mario Müller und biete außerdem in jährlichen Sommer- und Winterakademien des „Instituts für Staatspolitik“ ideologische und strategische

Schulungen für rechtsextreme Aktivist*innen an. Sellner schreibe des Weiteren im rechts-extremen Magazin „Compact“ eine eigene Kolumne mit dem Titel „Sellners Revolution“. (vgl. Speit 2018b, S. 35–40)

Finanziert werde die „Identitäre Bewegung“ vor allem durch den Verein „Ein Prozent für unser Land“ des Verlegers und Autors Philip Stein, der auch andere rechte Parteien, Vereine und Gruppen unterstütze. Ziel des Vereins ist es, so Speit, ein Prozent der deutschen Bevölkerung für die rechtsextreme Ideologie zu mobilisieren. Ein Prozent der Bevölkerung gelte dabei als kritische Masse, um einen politischen Umsturz zu erreichen. (vgl. Speit 2018b, S. 32–35)

Eine wichtige Bezugsgruppe finden „Identitäre“ in völkischen Siedler*innen, wie Röpke (2018) beschreibt. Diese völkischen Siedler*innen lebten in Familienverbänden (sogenannten „Sippen“) im ländlichen Raum, seien Anhänger*innen der Rassenideologie und in Verbindung damit der völkisch-nationalistischen Blut-und-Boden-Ideologie und orientierten sich an germanischem Brauchtum. „Lieder, Volkstum und Heldentum des Dritten Reiches“ (Röpke 2018, S. 145) bildeten ein wichtiges Verbindungsmerkmal. Traditionell bestünden enge Verbindungen zu an der Hitlerjugend orientierten Kinder- und Jugendorganisationen wie etwa der verbotenen „Wiking-Jugend“ oder der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ sowie ähnlichen heute existierenden Organisationen. Zum Teil nahmen völkische Siedler*innen sogar Führungspositionen in diesen Strukturen ein. Inhalt dessen sei eine autoritäre Erziehung in der Überzeugung, gegen das bestehende demokratische System kämpfen zu müssen. Schon von Anfang an lernten Kinder und Jugendliche in diesen Familienverbänden, den Spagat zwischen völkischer Familie und demokratischer Gesellschaft zu schaffen, also der „Sippe“ treu und gleichzeitig in der Gesellschaft unauffällig zu bleiben. Mit Slogans wie „Heimatliebe ist kein Verbrechen“ knüpfte die „Identitäre Bewegung“ an diese völkische Ideologie an. Sie tue dies unter anderem, weil sie wisse, dass sie von der ideologischen Festigung, der Disziplin und der trainierten Unauffälligkeit im Alltag in der demokratischen Gesellschaft, die völkische Jugendliche mitbrächten, profitieren könne. Als selbsternannte Alternative zum gesellschaftlichen Mainstream, durch die Inszenierung von altdeutschem Brauchtum als modernes Event und die Durchführung von Lagern ähnlich denen der „Wiking-Jugend“ und der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ sprächen die „Identitären“ offen und bewusst jugendliche Mitglieder völkischer Familienbünde an. (vgl. ebd. S. 143–147)

Röpke nennt in der Folge Beispiele einzelner Aktivist*innen der „Identitären Bewegung“, die zu rituellen, streng geheimen Familienfeiern völkischer „Sippen“ eingeladen worden oder

auch selbst Teil des Siedler*innen-Netzwerks seien (vgl. Röpke 2018, S. 149–152) sowie für völkische Jugendliche, die vereinzelt oder regelmäßig in der „Identitären Bewegung“ aktiv seien oder an einzelnen Aktionen teilnahmen (vgl. ebd. S. 153–155).

Während die „Identitären“ auf der einen Seite die Vernetzung mit Gruppen praktizieren, die tief im rechtsextremen, teils an der nationalsozialistischen Diktatur orientierten Spektrum verankert sind, suchen sie auf der anderen Seite die Nähe zur Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), wie Beack (2018) erläutert. Zwar führe die AfD eine Unvereinbarkeitsliste, auf der unter anderem die „Identitäre Bewegung“ vermerkt sei, jedoch mit dem Zusatz, dass Landesverbände sich nach einer Einzelfallprüfung mit 2/3-Mehrheit im Landesvorstand dennoch für eine Aufnahme einer Person mit entsprechenden rechtsextremen Verbindungen entscheiden könnten. Voraussetzung sei die vorherige Offenlegung der Mitgliedschaften in diesen Vereinigungen. Damit werde der Verzicht der meisten rechtsextremen Organisationen auf eine offizielle Mitgliedererfassung gezielt genutzt, um den Begriff der Mitgliedschaft so eng wie möglich zu interpretieren. (vgl. S. 108f.)

Tatsächlich gibt es, so Beack, in den meisten Landesverbänden Verbindungen zwischen „identitären“ Aktivist*innen und der AfD, etwa durch persönliche Freundschaften, gemeinsame öffentliche Aktionen und die Beschäftigung von „Identitären“ als Mitarbeiter*innen in Fraktionen und Wahlkreisbüros. Aktivist*innen bekämen somit Zugriff auf die parlamentarische Arbeit, auf geheime Informationen und Gelder aus Steuermitteln, die sie für die Arbeit ihrer Organisation einsetzen könnten. Wird eine Zusammenarbeit öffentlich, werde sie meist geleugnet oder als rein privater und nicht politischer Kontakt heruntergespielt, Absichten der „Identitären Bewegung“ würden öffentlich verharmlost oder es werde erklärt, man habe von der Zusammenarbeit der betreffenden Person mit extremen Rechten nichts gewusst. Kontrollierte Skandale helfen der AfD genauso wie der „Identitären Bewegung“ bei der Verschiebung des gesellschaftlich-politischen Diskurses, während programmatische Informationen vor allem über parteiinterne Kanäle verbreitet würden, wo keine Kritik zu erwarten und die Rekrutierung neuer Aktiver einfach sei. Diese nur scheinbare Abgrenzung der AfD von extremen Rechten sende das Signal an die Szene, dass die Partei ins rechtsextreme Milieu offen sei, während sie gleichzeitig gewährleisten solle, weiterhin Anziehungspunkt für Konservative und Mitte-Rechte zu sein. Tatsächlich diene die Strategie der Verharmlosung und nicht-Nachverfolgung rechtsextremer Bezüge oder Kontakte von AfD-Vertreter*innen der Etablierung von immer weiter rechten Positionen in der Mitte der Gesellschaft. (vgl. Beack 2018, S. 111–115)

2.3. Auftreten in Brandenburg

Auch in Brandenburg ist die „Identitäre Bewegung“ aktiv. So berichtet das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ (ABü, 2016) Brandenburg über verschiedene Protestaktionen in Berlin und Brandenburg sowie gemeinsame Demonstrationen und die Vernetzung mit rechtsextremen Vereinen und Gruppen wie „Zukunft Heimat“ in Cottbus. Die tatsächliche Anzahl von Aktivist*innen der „Identitären Bewegung“ in Brandenburg sei wahrscheinlich eher klein. Jedoch profitiere die lokale Gruppe stark von der Nähe zu Berlin und ihrer Wirkungskraft im Internet. (vgl. ABü 2016, S. 4f.)

Auch das Brandenburgische Ministerium des Innern und für Kommunales beschreibt in seinem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2019 Aktivitäten und eine kleine Mitgliederkonzentration der „Identitären Bewegung“ im Raum Cottbus. Finanziert werde sie auch hier vom Verein „Ein Prozent“. Jedoch geht nach Einschätzung des Brandenburger Verfassungsschutzes die „Identitäre Bewegung“ zunehmend in der als rechtsextrem deklarierten „Jungen Alternative“, der Jugendorganisation der AfD, auf. (vgl. MIK 2019, S. 61f.)

Konkret wird dies deutlich an Kontakten und Aktivitäten einzelner Vertreter*innen der AfD und der „Jungen Alternative“ Brandenburg. Beispielhaft soll hier Jean-Pascal Hohm genannt werden. Er war zeitweise der Vorsitzende der „Jungen Alternative“ Brandenburg, Beisitzer im Kreisvorstand der AfD Cottbus und hatte wechselnde Jobs bei der AfD-Landtagsfraktion sowie bei einem Brandenburger AfD-Bundestagsabgeordneten. Nachdem er gemeinsam mit der „Identitären Bewegung“ in Brandenburg aufgetreten war, zahlreiche Kontakte und inhaltliche Nähe zu Rechtsextremisten öffentlich geworden waren und er aufgrund dessen in einem Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz zur Einstufung der AfD als Rechtsextremismus-Prüffall erwähnt worden war, musste er diese Ämter und Jobs bis Anfang 2019 abgeben. Laut Medienberichten war Hohm aber trotz seines offiziellen Rückzugs weiter für die AfD aktiv und leitet mittlerweile das Wahlkreisbüro eines AfD-Landtagsabgeordneten. (vgl. Fröhlich & Jansen 21.01.2019; Jansen 31.01.2019; Fröhlich 25.10.2019)

Gerade in der „Jungen Alternative“ zeigen sich immer wieder Anknüpfungspunkte an die „Identitäre Bewegung“, wie insbesondere ihr Facebook-Auftritt belegt. Sie orientiert sich ästhetisch an der Bewegung, etwa durch Bilder von Frauen inmitten einer Landschaft, ergänzt durch einen Spruch, der den Geburtsort eines Menschen als seine einzig mögliche Heimat verklärt (vgl. JA Brandenburg 25.05.2020). Anfang 2020 nutzte die „Junge Alternative“ Brandenburg die „Mühle Cottbus“, einen bekannten Treffpunkt der „Identitären Bewegung“

und anderer rechtsextremer Organisationen in Cottbus, für ein offizielles Treffen (vgl. JA Brandenburg 08.02.2020). Daneben wird die neurechte Ideologie der Organisation auch zunehmend explizit zur Schau gestellt. Merchandise-Produkte verherrlichen etwa den Rechtsruck der Partei („Rechtsruck? Heul leise!“) und reproduzieren das von der „Identitären Bewegung“ bekannte Narrativ einer bedrohten „weißen Rasse“ („Es ist OK, weiß und deutsch zu sein.“) (vgl. Hannes Gnauck – AfD 24.11.2020). Immer wieder wird von der „Jungen Alternative“ Brandenburg auch personell Nähe zu neurechten Kadern gesucht, beispielsweise in einer Veranstaltung mit Götz Kubitschek als Hauptredner am 24. Juni 2017 (vgl. JA Brandenburg 07.06.2017) oder bei einer am 30. Oktober 2020 veranstalteten Diskussion zweier rechtsintellektueller Autoren, die Literatur in Kubitscheks Verlag „Antaios“ verlegen. Zu letzterer war unter anderem der Vorsitzende des die „Identitäre Bewegung“ finanzierenden Vereins „Ein Prozent“, Philip Stein, eingeladen, wie ein Gruppenfoto belegt (vgl. JA Brandenburg 14.11.2020).

Auch wenn sich die tatsächliche Anzahl klar benennbarer Aktivist*innen der „Identitären Bewegung“ in Brandenburg in Grenzen hält, so konnte doch gezeigt werden, dass diese eine enorme ideologische und personelle Strahlkraft besitzt. Ihre Verstrickung mit der AfD sowie ihrer Jugendorganisation ermöglicht den „Identitären“ konkreten Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse. Da sich darüber hinaus verschiedenste rechtsextreme Akteur*innen und Organisationen mit den „Identitären“ identifizieren und die Bewegung mit ihrer professionellen Selbstinszenierung im Internet eine große Reichweite erzielt, besteht die Gefahr einer Radikalisierung junger Menschen, die ansonsten wenig mit Politik in Berührung kommen oder auf der Suche nach einer für sie passenden politischen Ausdrucksform sind, die in der Öffentlichkeit ernst genommen wird.

Im Folgenden soll daher die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit als eine Möglichkeit vorgestellt werden, jungen Menschen demokratische Werte zu vermitteln und sie in der Mitgestaltung der Gesellschaft zu bestärken, um sie widerspruchsfähig gegen rechtsextreme Ideologien zu machen.

3. Begriffsbestimmung demokratiefördernde Jugendsozialarbeit

Um sich der Ideologie extrem rechter Gruppen entziehen und gleichzeitig einen Zugang zur demokratischen Gesellschaft finden zu können, benötigen Jugendliche Möglichkeiten, sich mit demokratischen Werten und ihren Mitwirkungsmöglichkeiten im demokratischen System auseinander zu setzen. Die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit ist eine Möglichkeit, dies zu gewährleisten, ergänzend zu schulischer politischer Bildungsarbeit und präventiver Demokratiearbeit im Fall einer konkreten Gefährdung durch die drohende Aneignung extremistischen Gedankenguts. Im Folgenden sollen daher die zentralen Leitgedanken der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit sowie ihr Zusammenwirken mit und ihre Abgrenzung zu schulischer und präventiver demokratischer Bildungsarbeit erklärt werden.

Ein Aspekt, den Tabakovic (2018) als wichtig beschreibt, ist die Niedrigschwelligkeit der demokratiefördernden Bildungsangebote. Viele Konzepte, die aktuell angewandt werden, seien zu abstrakt, anspruchsvoll und aufwendig. Dagegen schlägt sie projektorientiertes Lernen als einen niedrigschwelligen Zugang zum Thema vor, mahnt aber gleichzeitig an, dass es eine Kontinuität der politischen Bildungsarbeit brauche, um Jugendliche im Alltag handlungsfähig gegen demokratiefeindliche Äußerungen zu machen. Da sich Jugendsozialarbeit insbesondere an benachteiligte Jugendliche richte, müsse sie ihre demokratiebildenden Konzepte entsprechend ausrichten und die emotionalen und alltäglichen Notlagen junger Menschen berücksichtigen, die durch Brüche in der Schulkarriere, schlechte oder fehlende Schulabschlüsse, Arbeitslosigkeit und verstärkende Probleme im sozialen Umfeld entstehen. Angesichts eines derart vom Scheitern geprägten Lebensverlaufs sei das Wissen über politische Zusammenhänge häufig so gering, dass herkömmliche Materialien der demokratischen Bildung keinen Zugang ermöglichen könnten, sondern das Gefühl der Unfähigkeit sogar noch verstärkten. (vgl. S. 5f.)

Dementsprechend habe demokratiefördernde Jugendsozialarbeit die Aufgabe, Jugendlichen das Erleben von Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Wie Tabakovic erklärt, speisen sich politisches Interesse und der Glaube an die Demokratie vor allem aus einer positiven Einschätzung der eigenen Zukunftsperspektiven sowie der eigenen Einflussmöglichkeiten auf den zukünftigen Lebensverlauf. Benachteiligungen müssten abgebaut und Chancengleichheit müsse hergestellt werden, um das Gefühl von Selbstwirksamkeit und Interesse an politischer Beteiligung zu wecken. Andernfalls drohe die Angst vor und das reale Erleben

von Chancenlosigkeit zu einem der wichtigsten Auslöser für die Aneignung menschenfeindlicher Einstellungen zu werden. (vgl. Tabakovic 2018, S. 7f.)

Einen ähnlichen Standpunkt vertreten Baer und Weilnböck (2019), die eine Nähe der demokratischen Bildungsarbeit zum Alltag der Zielgruppe als entscheidend ansehen. Im Sinne der Ganzheitlichkeit politischer Bildung plädieren sie für einen Fokus auf der Entwicklung „sozial-emotionaler Intelligenz“ (S. 7), insbesondere in konfliktreichen und emotional aufwühlenden Lebensbereichen, etwa Diskriminierungserfahrungen. Politische Bildung solle demnach weniger im aufklärerischen Stil, sondern verstärkt über persönliche Erfahrungen funktionieren, beispielsweise durch kreative Formate. Der Leitung komme in dieser Form demokratischer Bildungsarbeit eine Moderationsfunktion zu. Auf thematische Vorgaben solle weitgehend verzichtet werden. Über diesen Zugang könnten sich schließlich auch themenbezogene Diskussionen entwickeln, ohne dass dies den Jugendlichen aufgezwungen werde. (vgl. S. 7f.)

Es liegt nahe, dass diese drei Aspekte – die Niedrigschwelligkeit der Bildungsangebote, die Selbstermächtigung der Jugendlichen und die Ausrichtung der Bildungsarbeit auf deren Lebensalltag – jeweils auch in andere, ähnliche, aber nicht gleiche Arbeitsbereiche der Demokratiebildung hineinspielen. So schreibt Tabakovic in ihrem oben zitierten Artikel nicht nur über demokratiefördernde Jugendsozialarbeit, sondern setzt auch einen Fokus auf ihre Verbindung zu schulischer politischer Bildungsarbeit. Auch hier sieht sie ein kleinschrittiges Heranführen an politische Themen mit möglichst einfachen Arbeitsvorlagen als wichtig an. In einer „Kombination von argumentativ-rationalen mit sinnlich-emotionalen Zugängen“ (Tabakovic 2018, S. 6) solle die Themenauswahl entsprechend der persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse der Jugendlichen erfolgen, die mit politischen Inhalten verbunden werden könnten. Jugendliche sollten bei dieser Bildungsarbeit Erfolgserlebnisse haben, Anerkennung, Zugehörigkeit und Wertschätzung erleben. Dafür solle auf längere Texte als Material verzichtet werden und Gespräche und Diskussion sollten im Vordergrund stehen. Demokratische Bildungsarbeit in der Schule solle darüber hinaus immer die Förderung von Engagement im persönlichen Umfeld und damit lebensweltorientierte Ansatzformen beinhalten. Dies schließe die Offenheit für das Einbringen eigener Themen der Schüler*innen ein. Als Beispiel hierfür nennt die Autorin ein Projekt des Internationalen Bunds, das die Verbindung auf verschiedenen Ebenen der Jugendsozialarbeit anstrebe, um eine ganzheitliche demokratische Bildung zu ermöglichen. An Schulen sei Jugendsozialarbeit wichtig, um Schüler*innen ein Gefühl von Erfolg und Selbstwirksamkeit zu vermitteln, wo das Schulsystem ansonsten auf Selektion nach Leistung ausgelegt sei. Das damit verbundene ständige

Scheitern und Ausgeschlossenheit führe ansonsten gerade bei sozial benachteiligten Jugendlichen zu einer Abkehr von der demokratischen Zivilgesellschaft. Eine dauerhafte Kooperation von politischer Bildung mit Jugendsozialarbeit gewährleiste eine Vielfalt der Zielgruppen für die politische Bildungsarbeit, bedeute aber auch einen hohen Fortbildungsbedarf der beteiligten Mitarbeiter*innen. (vgl. Tabakovic 2018, S. 6–9)

Die oben genannten Autor*innen Baer und Weilnböck setzen demokratiefördernde Jugendsozialarbeit vor allem in Verbindung mit Extremismusprävention und nennen hierfür einige Prinzipien. Hier seien die zwischenmenschliche Beziehung und Vertrauen besonders entscheidend. „Respekt, Verbindlichkeit, Glaubwürdigkeit und Authentizität“ (S. 6) bildeten die Voraussetzung für ein offenes Sprechen des*der Jugendlichen, der*die sich in seiner*ihrer Ideologie von staatlichen und sozialen Einrichtungen entfremdet habe und Vertreter*innen dieser somit zunächst aggressiv begegne, über seine*ihre Überzeugungen und Weltanschauungen. Hierbei nehme der*die Sozialarbeiter*in eine Doppelperspektive ein: einerseits die Akzeptanz des*der Jugendlichen auf der persönlichen Ebene, andererseits eine „konfrontierend-befragend[e]“ (Baer & Weilnböck 2019, S. 7) Haltung in Bezug auf menschenfeindliche Ansichten der Person. Die Mitwirkung des*der Jugendlichen müsse immer auf Freiwilligkeit basieren, um ein emotionales Verschließen und eine Selbsterhöhung durch aggressives Verhalten zu verhindern. Somit sei die Soziale Arbeit ein Gegengewicht zu staatlichem Zwang. Politisch umstritten sei allerdings die Frage, ob Sozialarbeiter*innen ein Zeugnisverweigerungsrecht vor Gericht gewährt werden sollte, weswegen dieses bisher nicht der Fall sei. (vgl. ebd. S. 6f.)

Alle drei Arbeitsbereiche – die politische Bildungsarbeit in Schulen, die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit und die Extremismusprävention – setzen sich also den Maßstab, Jugendliche niedrigschwellig und ihrer Lebenswelt entsprechend an politische und gesellschaftliche Prozesse heranzuführen. Während schulische Bildungsarbeit dabei natürlich immer einer Agenda folgen muss, haben demokratiefördernde Jugendsozialarbeit und Präventionsarbeit die Möglichkeit, stärker am persönlichen Leben der Jugendlichen und den Themen, die sie aktuell beschäftigen, anzusetzen. Gleichzeitig muss letztere sich mit einer akuten Gefährdungslage durch die antidemokratische Ideologie ihrer Klient*innen auseinandersetzen, während insbesondere die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit ihre Themen frei setzen und jenseits einer akuten Gefährdungslage bearbeiten kann.

Besonders an der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit ist also, dass sie einerseits befreit ist von einer klaren Agenda, wie es in der Schule der Fall ist, andererseits von einer

akuten Gefährdungslage, wie es in der Extremismusprävention der Fall ist. Die Beziehungsarbeit und das Wissen um strukturelle Hürden gesellschaftlicher Teilhabe sind Kompetenzen, die Sozialarbeiter*innen im Sinne einer ganzheitlichen demokratiefördernden Jugendsozialarbeit einsetzen können, mit dem Ziel, dass ihre Klient*innen Zugänge zu selbstgesteuertem politischem oder zivilgesellschaftlichem Engagement finden können.

Im Folgenden wird es um die Frage gehen, ob und in welcher Form sich Jugendliche im ländlichen Raum engagieren, was sie darin bestärkt und was sie daran hindert. Hierbei wird unter anderem eine eigene Forschungsarbeit über das Jugendforum Falkensee vorgestellt werden, die im Vorfeld dieser Arbeit durchgeführt wurde.

4. Jugendliches Engagement im ländlichen Raum

Neben den Bemühungen der Sozialen Arbeit, Jugendliche in ihrer demokratischen Willensbildung und Beteiligung zu bestärken, beeinflussen auch gesellschaftliche, (kommunal-)politische und soziale Faktoren die Motivation von jungen Menschen, sich vor Ort aktiv einzubringen. Hierzu wurden bereits verschiedene Studien durchgeführt, die trotz teils gravierender zeitlicher Unterschiede Ähnliches aussagen. Im Folgenden sollen das jugendliche Engagement, insbesondere im ländlichen Raum, sowie entsprechende Einflussfaktoren anhand zweier ausgewählter Forschungsarbeiten dargestellt werden (4.1.). Anschließend wird anhand einer Umfrage der Autorin zum Interesse junger Menschen am Jugendforum Falkensee erörtert, inwiefern Jugendliche alternative politische Partizipationsmöglichkeiten nutzen (4.2).

4.1. Jugendliches Engagement im wissenschaftlichen Diskurs

Bereits 1996/97 erforschte Burdewick (2003) die Situation der politischen Partizipation 11- bis 18-jähriger junger Menschen am Beispiel der Stadt Wittingen, wo seinerzeit eines der ersten Jugendparlamente Niedersachsens arbeitete. Die übergeordnete Frage war, wie Jugendliche trotz zunehmender Distanzierung von der etablierten Politik angemessen am politischen Geschehen beteiligt werden können. Hierfür führte Burdewick zunächst eine quantitative Befragung mit den für das Jugendparlament Wittingen wahlberechtigten

Jugendlichen durch. Im zweiten Schritt führte sie problemzentrierte Interviews mit den damaligen Mitgliedern des Jugendparlaments. Die qualitativen Daten geben einen Einblick darin, was die Mitglieder des Jugendparlaments in ihrem Engagement motiviert, was sie frustriert und welche Erwartungen sie an die weitere Arbeit des Jugendparlaments haben. (vgl. Burdewick 2003, S. 47, 52)

Generell ergaben die Befragungen, dass die Jugendlichen eine große Fremdheit gegenüber der institutionalisierten Politik verspüren und Politiker*innen für unfähig halten, sich auf Belange von Jugendlichen einzustellen. Wichtige Themen der jungen Generation würden ihrer Meinung nach vernachlässigt und es herrsche das Gefühl, Vertreter*innen etablierter Politik seien unglaubwürdig. (vgl. ebd. S. 80)

Die Befragten beklagten die große Kluft zwischen ihrer Generation und der der meisten Kommunalpolitiker*innen in ihrer Stadt. Die Struktur politischer Entscheidungsprozesse werde als unattraktiv, unlebendig und ineffektiv beschrieben, weswegen sich die Befragten den politischen Institutionen nicht verbunden fühlten. (vgl. ebd. S. 93f.)

Oft herrsche bei den Jugendlichen das Gefühl, nicht kompetent genug zu sein, um sich über die regionale Ebene hinaus politisch einzubringen. Dabei sei das Interesse an Themen, die ihre Zukunft betreffen, hoch. Zwar finde zum Teil eine Befassung mit entsprechenden politischen Themen statt. Diese werde jedoch als wenig selbstbestimmt empfunden, sondern sei eine Reaktion auf das Gefühl der eigenen Inkompetenz. Die Bemühungen politischer Parteien, jungen Menschen politische Themen näher zu bringen, werde als nicht ausreichend empfunden. Oft gebe es aus Sicht der Befragten keinen erkennbaren Bezug zwischen der Bundespolitik und dem eigenen Leben. (vgl. ebd. S. 108)

Die Jugendlichen, die im Jugendparlament vertreten waren, seien häufig schon vorher ehrenamtlich aktiv gewesen (etwa in der Schüler*innenvertretung) und daher von ihrem Umfeld als für das Jugendparlament prädestiniert empfunden worden. Dabei habe oft auch ein erheblicher, teils sogar drängender Einfluss von pädagogischem Personal eine Rolle gespielt. Entsprechend gehe die Mitgliedschaft im Jugendparlament mit sozialer Anerkennung einher. Einige Mitglieder distanzieren sich während der Befragung dennoch von der Institution, da ihre Hoffnung auf gleichberechtigte und interessante Teilhabemöglichkeiten an kommunalpolitischen Prozessen enttäuscht worden seien. (vgl. ebd. S. 124f.)

Andere Befragte berichteten, dass die Arbeit im Jugendparlament das Selbstwertgefühl steigern, da es eine Anerkennung als vollwertige Person mit eigenständigen politischen

Interessen mit sich bringe. Sowohl ein breites, auch mediales Interesse als auch das große Engagement des „Stadtjugendpflegers“ (gemeint ist wahrscheinlich ein Gemeinwesenarbeitsnehmer oder Jugendbeauftragter der Stadt) brächten dem Jugendparlament Aufmerksamkeit und Anerkennung. Allerdings kritisierten gerade ältere Mitglieder die beschränkten Einflussmöglichkeiten gegenüber den erwachsenen Kommunalpolitiker*innen, während sich jüngere Mitglieder eher mit kleineren und dafür konkreteren Entscheidungsspielräumen zufriedengäben. (vgl. Burdewick 2003, S. 145–148)

Die Anlehnung des Jugendparlaments an institutionalisierte Politik werde von vielen Befragten als unattraktiv beschrieben. Gleichzeitig garantiere die informelle Struktur im Sinne einer nicht festgeschriebenen Entscheidungsgewalt keine echten Entscheidungsmöglichkeiten. Daher gebe es auch wenig Interesse von außenstehenden Jugendlichen an der Arbeit des Jugendparlaments. (vgl. ebd. S. 185f.)

Mehr als 20 Jahre später verdeutlichen die Erkenntnisse der Shell-Jugendstudie 2019, dass junge Menschen weiterhin mit der etablierten Politik fremdeln. Die Untersuchung vertieft außerdem die Erkenntnisse darüber, was für junge Menschen die Voraussetzungen für politisches Interesse und Engagement sind und welche politischen Themen für sie relevant sind.

Den Erkenntnissen der Jugendstudie zufolge haben Jugendliche ein stabiles Interesse an politischen Themen (insgesamt 41 Prozent). Dabei ergäben sich deutliche Unterschiede zwischen Studierenden (zwei Drittel), Menschen mit angestrebtem oder abgeschlossenem Abitur (die Hälfte) und Menschen mit angestrebtem oder erreichtem Hauptschulabschluss (ein Viertel). Mädchen/Frauen und Jungen/Männer seien in gleichem Maße engagiert. Erstere fänden sich mittlerweile sogar oft in Führungsrollen von politischen Jugendbewegungen. (vgl. Shell 2019, S. 14)

56 Prozent der Befragten geben an, Angst vor zunehmender Feindseligkeit zwischen Menschen unterschiedlicher Meinungen zu haben. Angst vor Ausländerfeindlichkeit nennen 52 Prozent der Befragten, Angst vor mehr Zuwanderung 33 Prozent. Weiterhin hänge das Empfinden sozialer Gerechtigkeit stark vom Herkunftsmilieu der Jugendlichen ab. (vgl. ebd. S. 15)

Es wurde festgestellt, dass junge Menschen eine große Affinität zum Populismus haben. In der Studie wird dies als unerfülltes Bedürfnis nach Teilhabe an politischen Entscheidungen sowie Selbstbestimmung im Alltag bewertet. Auffällig sei dabei, dass die Populismusaffinität

mit steigendem Bildungsgrad sinke. Nationalpopulistische Jugendliche lehnten insbesondere gesellschaftliche Pluralität ab, zeigten wenig Akzeptanz für Vielfalt und „fremde Kulturen“. Während die Zufriedenheit mit der Demokratie insgesamt wachse, seien nationalpopulistische Jugendliche zu 65 Prozent unzufrieden mit der deutschen Staatsform und hegten zu knapp zwei Dritteln den Wunsch nach einer „starke[n] Hand, die für Ordnung sorgt“ (Shell 2019, S. 19). Populismuskundige Jugendliche befürworteten die deutsche Demokratie größtenteils, seien jedoch anfällig für Parolen, die an Ängste und Frustration anknüpfen. Gleichbleibend sei das geringe Vertrauen junger Menschen gegenüber politischen Parteien. Auch dies wachse jedoch mit steigendem Lebensstandard der Jugendlichen. (vgl. ebd. S. 16–19)

Etwa zwei Drittel der Jugendlichen geben an, sozial, politisch oder gesellschaftlich engagiert zu sein. Allerdings gebe es auch eine wachsende Anzahl junger Menschen, die keinerlei Engagement zeigen. Auch hier werde ein Zusammenhang mit ihrer sozialen Herkunft deutlich: Wo diese privilegiierter ist, sei auch das Engagement des jungen Menschen stärker. Dies liege zum einen an einer familiären Gewöhnung an ehrenamtliches Engagement, zum anderen an mehr finanziellen und psychologischen Spielräumen für unbezahlte Tätigkeiten. Etwa ein Drittel der Befragten gaben an, dass ihnen ein eigenes politisches Engagement wichtig sei, was einen starken Anstieg im Vergleich zu früheren Erhebungen bedeute. Der Leistungsanspruch, den Jugendliche an sich selbst erheben, sei somit hoch. Dennoch bevorzugten sie die Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen statt der Durchsetzung der eigenen Lebensvorstellungen. Jedoch hätten zwei Drittel der weniger privilegierten Jugendlichen oft das Gefühl, dass andere über sie bestimmen; die Hälfte sehe andere gegenüber sich selbst als bevorzugt an. An der beschriebenen Leistungsethik ändere dies nichts. Jedoch sei der Wunsch nach Selbstbehauptung und der Durchsetzung eigener Interessen mit sinkender Herkunftsschicht größer und die Akzeptanz für Vielfalt damit geringer. (vgl. ebd. S. 19–23)

Zwei Aspekte treten hier besonders in den Fokus: Zum einen hängen politisches Interesse, ehrenamtliches Engagement und die Identifikation mit dem demokratischen System deutlich vom Lebensstandard ab, in welchem Jugendliche aufwachsen. Zum anderen werden die etablierten demokratischen Institutionen von Jugendlichen nicht als transparent und für die eigene politische Beteiligung nicht als ansprechend und gewinnbringend empfunden. Eine selbst durchgeführte Befragung soll nun Antworten auf die Frage finden, wie alternative Möglichkeiten der politischen Partizipation wahrgenommen und genutzt werden.

4.2. Umfrage zum Interesse von Jugendlichen am Jugendforum Falkensee

Die oben beschriebenen Ergebnisse vorangegangener Studien geben Anlass zur Frage, wie bekannt und frequentiert alternative Möglichkeiten der politischen Partizipation unter Jugendlichen sind. Beispielhaft nachgegangen wurde dieser Frage im Sommer 2020 in der Brandenburgischen Stadt Falkensee am Rand von Berlin, wo seit einigen Jahren ein Jugendforum besteht und nach neuen Möglichkeiten sucht, seine Zielgruppe gezielter anzusprechen und zur Mitarbeit zu aktivieren. Die wesentlichen Erkenntnisse sollen nun kurz vorgestellt werden (für die vollständigen Ergebnisse der Umfrage siehe Anhang, S. 45).

Das Jugendforum Falkensee ist eine selbstorganisierte Jugendgruppe und offene Diskussions- und Engagement-Plattform für Jugendliche vor Ort. Mithilfe von Fördergeldern können eigene Projekte umgesetzt und regelmäßige Kultur- und Diskussionsveranstaltungen organisiert werden. Zeitweise hatte das Jugendforum mit dem „EGAL“ einen selbstorganisierten Raum für Treffen und Veranstaltungen zur Verfügung, der jedoch zugunsten eines Verkehrsprojekts abgerissen wurde. Schulabschlüsse und die damit einhergehende Verlagerung der Lebensschwerpunkte ehemals aktiver Mitglieder verkleinerten in jüngster Vergangenheit den aktiven Kern der Gruppe, sodass nach neuen Möglichkeiten gesucht wurde, die Aufmerksamkeit und Engagement-Bereitschaft der Zielgruppe zu wecken.

Ermittelt werden sollte im Rahmen der Studie das Interesse von Falkenseer Jugendlichen am Jugendforum, seinen Veranstaltungen und Aktivitäten und an einer Mitwirkung daran sowie Ideen und Präferenzen für kommende Veranstaltungsthemen und -formate. Befragt wurden Falkenseer Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren. 70 Teilnehmer*innen zählte die Online-Umfrage, die einen Monat lang geöffnet war. (vgl. Freisinger 2020, S. 4f., 8f.)

Eine Mehrheit der Befragten (86 Prozent) gab an, das Jugendforum zu kennen, vor allem über persönliche Kontakte (46 von 61) und Social Media (18 von 61). 77 Prozent der Befragten kennt das „EGAL“; gut die Hälfte davon war zur Zeit seines Bestehens mindestens einmal dort. Andere, betreute Jugendclubs werden den Ergebnissen der Umfrage nach kaum genutzt (14 Prozent). Es besteht ein übergroßes Interesse an einem selbstverwalteten statt einem betreuten Jugendtreff (89 Prozent) und ein breites Interesse daran, diesen mitzugestalten, sollte es einen solchen wieder in Falkensee geben (54 Prozent). Themen, die für die Befragten interessant sind, sind vor allem der Umwelt- und Klimaschutz (54 Prozent), Kulturangebote (52 Prozent) und nicht-kommerzielle Partys (43 Prozent). Offene Treffen und Gruppenaktionen im Freien werden als Formate für Veranstaltungen bevorzugt. Vorschläge für die Nutzung der jährlichen Fördergelder des Jugendforums bewegen sich

vor allem in den Themenbereichen der Gestaltung des öffentlichen Raums (inklusive der Neueinrichtung eines selbstverwalteten Treffpunkts), des Umwelt- und Klimaschutzes vor Ort und der Möglichkeit zur Begegnung mit sozial benachteiligten und geflüchteten Jugendlichen. (vgl. Freisinger 2020, S. 13–15)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nicht die generelle Bekanntheit der Angebote des Jugendforums entscheidend für die Partizipation daran ist, sondern Anstöße im persönlichen Umfeld und in sozialen Netzwerken. Zentrale Erkenntnis der Umfrage ist, dass ein eigener, selbstverwalteter und dauerhafter Treffpunkt ein enormes Identifikationspotenzial nach innen und außen hat, zum einen weil die selbstständige Gestaltung eines solchen Treffpunkts Jugendlichen Selbstwirksamkeit vermittelt, zum anderen weil er als Treffpunkt außerhalb der Einflusszone von Erwachsenen dient. Wie auch die oben beschriebenen vorangegangenen Studien nahelegen, haben Jugendliche vor allem Interesse an Themen, die ihre Zukunft und ihr Leben vor Ort betreffen und verbinden damit einen eigenen Gestaltungsanspruch. Auch hier kommt das Bedürfnis von Jugendlichen nach Alternativen zu etablierten Veranstaltungsformaten zum Ausdruck.

Die drei vorgestellten Studien, die mit jeweils eigenem Schwerpunkt die politischen Gestaltungsinteressen und -optionen von Jugendlichen erforschen, legen auf unterschiedlichen Ebenen Handlungsbedarf nahe. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein grundsätzlicher Faktor für die gefühlt und tatsächlich vorhandenen Ressourcen, um an der demokratischen Gesellschaft zu partizipieren. Eine konkrete Möglichkeit, demokratische Beteiligung für Jugendliche vor Ort erfahrbar zu machen, ist die Schaffung von Institutionen der demokratischen Willensbildung und tatsächlichen Einflussnahme auf politische Entscheidungen unter Beachtung der besonderen Bedürfnisse, die Jugendliche an der Gestaltung solcher Institutionen haben. Wie das Beispiel des Jugendparlaments Wittingen zeigt, wird der Einfluss der Peergroup und von Erwachsenen ambivalent wahrgenommen: Einerseits kann er motivierend auf Jugendliche wirken. Andererseits wirkt er allzu schnell übergriffig und weniger auf die tatsächlichen Beteiligungsbedürfnisse der Jugendlichen als vielmehr auf die Umsetzung der Anforderungen Erwachsener an Jugendliche bezogen.

5. Politische Programme für demokratiefördernde Jugendsozialarbeit

Die demokratische Jugendbildung und die Förderung jugendlichen Engagements sind auf politischer Ebene immer wieder Thema. Durch verschiedene politische Programme sollen die Rahmenbedingungen hierfür verbessert werden.

In einem Strategiepapier des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums des Innern zur Extremismusprävention und Demokratieförderung aus dem Jahr 2016 werden beide Begriffe zunächst definiert. So gilt Demokratieförderung als

„Angebote, Strukturen und Verfahren, die demokratisches Denken und Handeln stärken, eine demokratische politische Kultur auf Grundlage der wertebundenen Verfassung fördern und entsprechende Bildungsprozesse und Formen des Engagements anregen“.
(BMFSFJ, BMI 2016, S. 11)

Dies beinhaltet die Verbesserung von Beteiligungsstrukturen, die Stärkung von Menschen in ihrer Urteilskraft und Teilhabe an demokratischen Prozessen, die politische Bildung zur Vermittlung von Grundstrukturen der deutschen Demokratie und die Gewöhnung an eine sachliche Diskussion als Mittel der demokratischen Auseinandersetzung sowie die Stärkung von Menschen, die sich für Demokratie und Gemeinwesen engagieren. (vgl. ebd.)

Extremismusprävention bedeutet aus Sicht der Bundesregierung dagegen

„Maßnahmen, die der Ablehnung der Werteordnung des Grundgesetzes und des demokratischen Verfassungsstaates vorbeugen und entgegenwirken und in diesem Kontext auch der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dienen“. (ebd. S. 11)

Zielgruppe hierfür seien Personen(-gruppen), die potenziell gefährdet seien, sich extremistische Einstellungen anzueignen oder auf dieser Grundlage gewalttätig zu werden. (vgl. ebd.)

Als zukünftige Projekte in diesem Arbeitsbereich nennt das Strategiepapier im Wesentlichen die intensivere Koordinierung und den stärkeren fachlichen Austausch über bereits bestehende Projekte, etwa das demokratische Engagement regionaler Strukturen, Weiterbildungsangebote für pädagogisches Personal, Bildungs- und Begegnungsprojekte für Jugendliche, Bildungsformate über die beiden deutschen Diktaturen und Modellprojekte für interkulturelles Lernen. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, insbesondere in ländlichen und

strukturschwachen Gebieten, sollen stärker vernetzt und weitergebildet sowie von staatlichen Stellen unterstützt werden. (vgl. BMFSFJ, BMI 2016, S. 19–22)

In seiner Jugendstrategie aus dem Jahr 2019 vertieft das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seine Vorhaben im Bereich der politischen Partizipation Jugendlicher. Die Jugend wird darin als eigenständiger Lebensabschnitt mit spezifischen Herausforderungen definiert und in Reaktion darauf der Anspruch formuliert, eine „eigenständige Jugendpolitik“ (BMFSFJ 2019, S. 9) zu gestalten. Jugendbeteiligung diene dabei nicht als Selbstzweck, sondern vielmehr als konkrete Mitsprachemöglichkeit bei allen Projekten. Dementsprechend sei auch die vorliegende Jugendstrategie in unterschiedlichen, sich wiederholenden Formaten gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt worden. (vgl. ebd. S. 9, 17)

Das Ministerium sehe die hohe Bereitschaft Jugendlicher für ehrenamtliches Engagement. Junge Menschen verdienen Gehör, da ihre Perspektive vor Ort nicht ersetzbar sei, sowie positive Erfahrungen mit Demokratie, um sich für Politik begeistern zu können. Entsprechende Beteiligungsstrukturen sollten von Jugendlichen mitentworfen werden. Weiterhin dürfe Demokratiebildung nicht nur als Information über politische Strukturen dienen, sondern müsse mit zielgruppen- und kontextspezifischen Ansätzen auch über demokratische Werte und parlamentarische wie außerparlamentarische Prozesse aufklären. (vgl. ebd. S. 22)

Zentrale Forderungen zur Umsetzung dessen sind mehr Sensibilität für jugendpolitische Belange, die Anpassung der verwaltungspolitischen Regelungen hin zu mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche und damit einhergehend die Stärkung jugendgerechter Bildungsformate. Das politische Engagement Jugendlicher müsse unterstützt und anerkannt werden, nicht zuletzt durch verlässliche Rahmenbedingungen und Förderstrukturen. Vereine, insbesondere in strukturschwachen Regionen, sollten in der Nachwuchsförderung unterstützt werden, etwa durch digitale Möglichkeiten der ehrenamtlichen Arbeit. Frauen und Mädchen sollten besonders gefördert werden. Innovative Angebote der politischen Jugendbildung sollten vor allem diejenigen Jugendlichen ansprechen, die sich bis dahin kaum für Politik interessieren oder mit demokratiefeindlichem Gedankengut sympathisieren. (vgl. ebd. S. 46)

Im dritten Engagementbericht der Bundesregierung werden die Chancen der Digitalisierung für jugendliches Engagement noch einmal hervorgehoben:

„Parteien als traditionelle, dauerhafte, aber auch langsame und hierarchische Organisationsform politischer Beteiligung werden von innovativen, kurzfristigen und projektförmigen Engagement-Angeboten herausgefordert.“ (BMFSFJ 2020, S. 28)

Jugendliche nutzen demnach andere Möglichkeiten, themenspezifisch, kleinteilig, zeitlich selbstbestimmt und unabhängig von institutionalisierten Beteiligungsformaten Themen, die ihnen wichtig sind, zu bearbeiten. Digitale Angebote beschleunigten diesen Wandel und böten Bürger*innen neue, niedrighschwellige Beteiligungsmöglichkeiten. (vgl. ebd.)

Digitale Tools sollten deshalb in ihrer Nutzung für zivilgesellschaftliche Gruppen oder Beteiligungsformate attraktiver gestaltet werden. Hierfür setze sich die Bundesregierung das Ziel, deren Entwicklung finanziell zu fördern, die Internetanbindung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern, Informationen von Ministerien nutzer*innenfreundlicher aufzuarbeiten sowie die Medienbildung in Schulen und die Forschung an Lehrkonzepten für digitale Demokratiebildung zu verstetigen. (vgl. ebd. S. 30)

Um den spezifischen Anforderungen der Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden, wurde in Brandenburg die Kommunalverfassung um einen Paragrafen ergänzt, um für Kommunen Handlungssicherheit zu schaffen:

„(1) Die Gemeinde sichert Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte.

(2) Die Hauptsatzung bestimmt, welche Formen zur eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung der Formen angemessen zu beteiligen.

(3) Die Gemeindevertretung kann einen Beauftragten für Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen benennen. Für den Beauftragten gilt § 18 Absatz 3 entsprechend.

(4) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, soll die Gemeinde in geeigneter Weise vermerken, wie sie die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.“ (§18a BbgKVerf)

Damit wird jede Gemeinde und jede Stadt in Brandenburg dazu verpflichtet, entsprechende Instrumente zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen Geschehen zu entwickeln. Hierfür ist ein Jugendparlament wie im oben vorgestellten Beispiel der Stadt Wittingen (Kapitel 4.1.) ebenso möglich wie die Schaffung einer Stelle der*des Kinder- und Jugendbeauftragten der Gemeinde oder die Etablierung eines Beirats für die Interessen

von Kindern und Jugendlichen, der die gewählten Gemeindevertreter*innen berät und in Sitzungen der Gemeindevertretung das Wort ergreifen kann.

In ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet sich die seit 2019 amtierende Brandenburger Landesregierung aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen dazu, die in der Kommunalverfassung verankerten Kinder- und Jugendbeteiligungsrechte zu stärken und dafür das Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung weiterzuentwickeln, das Kommunen in Fragen zu diesem Thema berät und schult. Des Weiteren sollen kulturelle Angebote für Jugendliche erhoben und bewertet und gegebenenfalls weitere Freiräume und Angebote für Jugendliche geschaffen werden. (vgl. SPD, CDU, B90/Grüne 2019, S. 35)

Diese Zusammenstellung zeigt, dass sowohl die Bundes- als auch die Landespolitik erkannt haben, dass eine neue Herangehensweise an politische Bildung und demokratische Partizipation für Jugendliche nötig ist, um angesichts sich ändernder gesellschaftlicher Bedürfnisse und Möglichkeiten der Teilhabe und Meinungsäußerung die Demokratie zu stabilisieren. In Modellprojekten wurde dies erprobt und beispielhaft in der Brandenburgischen Kommunalverfassung festgelegt. Um die selbstgesetzten Ziele zu erfüllen, Jugendliche in unterschiedlichen Lebenssituationen gleichermaßen für demokratisches Engagement und Teilhabe an politischen Prozessen zu begeistern, sind konkrete Ansätze und Maßnahmen vonnöten, die im folgenden Kapitel anhand dreier Schwerpunkte beschrieben werden.

6. Aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit

In den letzten Kapiteln konnte gezeigt werden, dass sowohl Wissenschaft als auch Politik sich bereits intensiv mit der Frage auseinandergesetzt haben, wie Jugendliche unabhängig von ihren Familien- und Lebensbedingungen in ihrem Bewusstsein für demokratische Werte geschult und in ihrem demokratischen Engagement bestärkt werden können. Dennoch blieb das bisher Beschriebene meist sehr allgemein und ohne konkreten Bezug etwa zu den spezifischen Anforderungen bestimmter Zielgruppen. Daher sollen im Folgenden drei spezifische Herausforderungen und Perspektiven demokratiefördernder Jugendsozialarbeit aufgegriffen und anhand konkreter Handlungsoptionen erläutert werden, die sowohl

im fachlichen Diskurs zu diesem Thema als auch in Bezug auf die Fragestellung dieser Arbeit von Bedeutung sind.

6.1. Interkulturelle und interdisziplinäre Zusammenarbeit

In einer multikulturellen Gesellschaft werden interkulturelle Kompetenz und interdisziplinäre Vernetzung immer wichtiger, um erfolgreiche demokratiefördernde Jugendsozialarbeit betreiben zu können. Zum einen erleichtert eine kultursensible Arbeitsweise den Zugang zu den verschiedenen (neuen) Mitgliedern einer Gesellschaft und somit die Erfolgsaussichten ihrer Einbindung in demokratische Prozesse. Zum anderen kann sie rechtsextremen Akteur*innen die Argumentationsgrundlage entziehen, wonach sich sogenannte „Ausländer“ der Mitwirkung an der Gesellschaft verweigern.

In einem Text zur demokratischen Bildung in der Migrationsgesellschaft stellt Lorenzen (2018) fest, dass die politische Jugendbildung durch die Zuwanderung von Geflüchteten vor eine neue Aufgabe gestellt wird, da diese zunächst einen generellen Überblick über die deutsche Gesellschaft, ihre Rechte und ihre Teilhabemöglichkeiten benötigen. Hierfür sei ein geschützter Raum hilfreich, in dem Jugendliche mit und ohne Migrationsgeschichte in Austausch treten können. Als Beispiel nennt die Autorin das von verschiedenen Trägern der politischen Bildung gemeinsam durchgeführte Projekt „Empowered by democracy“. Dies beinhaltet gemeinsame Seminare und Workshops für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund über die Fragen des demokratischen Zusammenlebens. Im Sinne des Empowerment-Ansatzes solle damit die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft gefördert, aber auch Barrieren sollten auf diesem Weg identifiziert werden, um schließlich die Handlungskompetenzen zu entwickeln, die es ermöglichen, bestehende Barrieren zu überwinden und abzubauen. Problematisch sei dabei insbesondere, dass die Möglichkeiten der formalen politischen Teilhabe für Jugendliche ohne deutsche Staatsbürgerschaft besonders begrenzt seien. Das Projekt arbeite daher eng mit Selbstorganisationen von Migrant*innen zusammen, um hierdurch demokratische Beteiligungsmöglichkeiten außerhalb formaler Politik aufzuzeigen. Geflüchtete Jugendliche erwerben durch diese Vernetzung und diesen Austausch Wissen über das demokratische System in Deutschland sowie über aktuelle Herausforderungen durch Populismus und Extremismus. Unabhängig von der Herkunft und dem Aufenthaltsstatus der Teilnehmenden könne hierdurch das Fazit gezogen werden, dass Demokratie eine fortwährende, gemeinsame Aufgabe sei. Schließlich bestehe ein Ziel des Projekts darin, neue Verantwortliche in dieser Teamarbeit zu fördern und

zu schulen, sodass aus den Workshops wiederum eigene Formate entwickelt werden können. Als zwei Aspekte, die bei dieser Arbeit besonders zu beachten sind, nennt Lorenzen die oft existenziellen Fragen, mit denen geflüchtete Jugendliche konfrontiert sind, etwa die Jobsuche, verpflichtende Integrationskurse oder die eigene Bleibeperspektive. Sie schlägt daher vor, die politische Jugendbildung von Geflüchteten mit anderen Angeboten zu verbinden, die der jeweiligen Situation entsprechen. Auch die Kontaktaufnahme über Vertrauenspersonen, etwa ehrenamtliche Alltagsbegleiter*innen, könne das Interesse an einem solchen Begegnungsprojekt vergrößern. Um Sprachbarrieren zu vermeiden, böten sich insbesondere nonverbale thematische Zugänge an, aber auch die Bereitstellung von Sprachmittler*innen sei vonnöten. (vgl. Lorenzen 2018, S. 40–42)

Ein Projekt, das den interkulturellen mit dem interdisziplinären Ansatz der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit verbindet, stellen Berrissoun und Seven (2016) vor. Unter dem Titel „Netzwerk 180°-Wende“ werden in Köln und Umgebung Jugendliche in prekären Lebenssituationen angesprochen, die etwa bedingt sind durch Orientierungslosigkeit, Kriminalität, religiöse oder politische Radikalisierung oder soziale Isolation. Das interkulturelle und interdisziplinäre Team, das in seiner Zusammensetzung den verschiedenen religiösen und kulturellen Communitys der Stadt entspreche, setze sich aus „Coaches“, „Mentor*innen“ und „Multiplikator*innen“ zusammen, teils auf hauptamtlicher, in großen Teilen aber auf ehrenamtlicher Basis. Darüber hinaus bestehe ein breites gesellschaftliches und soziales Netzwerk, beispielsweise zur Kommunalpolitik und zur Polizei, das unterstützend wirke. In einem „Peer-to-peer“-Ansatz, so Berrissoun und Seven, nutzen die Multiplikator*innen den direkten Kontakt zu unterschiedlichen Gemeinschaften, um Problemlagen frühzeitig zu erkennen und an das Unterstützungsnetzwerk zu vermitteln. Dabei nutzen sie ihre eigene Vorbildrolle, die sie deshalb einnehmen können, weil sie selbst aus schwierigen Lebensumständen kommen und – oft sogar durch dieses Projekt – die Wende hin zu einem gelingenderen Leben geschafft haben. Ein Kreislauf des Engagements solle hierdurch erzeugt und die Qualität des Zusammenlebens im Stadtviertel nachhaltig verbessert werden. (vgl. S. 171f.)

Die hauptamtlichen „Coaches“ bildeten in diesem Projekt die Leitungsebene. Sie seien verantwortlich für die Vernetzung mit öffentlichen Akteur*innen, fungierten als Trainer*innen und Betreuer*innen der Klient*innen und koordinierten deren Unterstützung. Sie hätten unterschiedliche Migrationsgeschichten, Biografien, Sprachkenntnisse und berufliche Spezialisierungen. Die ehrenamtlichen „Multiplikator*innen“ nutzten ihren direkten Kontakt zur Peer Group, um als positives Beispiel präsent zu sein und andere Jugendliche zu einem

Lebenswandel zu ermutigen. Sie vermittelten bei Bedarf den Kontakt zu den „Coaches“ und „Mentor*innen“. Da sie selbst Mitglied der entsprechenden Peer Group seien, seien sie einfach ansprechbar und könnten ohne vorgegebenes Konzept den Einstieg in eine gezielte Unterstützung besonders niedrigschwellig gestalten. Die ebenfalls ehrenamtlich tätigen „Mentor*innen“ seien Menschen mit begrenzter zeitlicher Kapazität, die in speziellen Fragen, etwa der religiösen Bildung oder der Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen, aktiv würden. Schließlich könnten „Multiplikator*innen“ und „Coaches“ die Klient*innen auch zu externen Beratungsstellen begleiten. So komme ein*e Jugendliche*r oft zum ersten Mal in Kontakt zu Unterstützungsmöglichkeiten, die er*sie bis dahin nicht gekannt oder nicht für sich in Betracht gezogen habe. (vgl. Berrissoun & Seven 2016, S. 173–175)

Allgemeiner fassen Baer und Weilnböck (2019) die Prinzipien von Beziehungsarbeit, Vertrauensaufbau und einem kreativen Zugang zur eigenen Biografie als grundlegenden Inhalt von Sozialer Arbeit zusammen. Daher sei sie für die demokratische Bildungsarbeit prädestiniert. Jedoch werde diese häufig beispielsweise von Historiker*innen oder Politikwissenschaftler*innen ausgeführt, die zwar politische Abläufe und Institutionen oder historische Fakten professioneller einordnen könnten, dafür aber nicht gelernt hätten, zunächst Beziehungsarbeit ohne konkrete thematische Agenda zu leisten. Für eine sinnvolle Agenda im Bereich der politischen Bildung hingegen fehlen Sozialarbeiter*innen laut Baer und Weilnböck wiederum die passenden Methoden und entsprechendes Material. Eine interdisziplinäre Vernetzung und Mischqualifikationen sehen die Autor*innen als mögliche Lösungen für dieses Problem an. (vgl. S. 8f.)

Aus diesen Projekten und Erkenntnissen ergeben sich drei wesentliche Punkte für eine erfolgreiche interkulturelle und interdisziplinäre Soziale Arbeit: Die Profession muss eine Sensibilität entwickeln für die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Herausforderungen von geflüchteten Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Hierfür muss sie selbst in Form von Fachkräften in sozialen Einrichtungen diese Vielfalt widerspiegeln, um von einer breiten Zahl von Menschen als Ansprechpartnerin wahrgenommen zu werden. Verbunden mit einem weiten Netzwerk ins Gemeinwesen hinein kann es gelingen, niedrigschwellige Angebote zu schaffen, innerhalb derer die Begegnung von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder kulturellem Hintergrund stattfinden kann. Diese Begegnungen können schließlich dazu beitragen, ein gegenseitiges Fremdheitsgefühl abzubauen und rechtsextreme Argumentationsmuster zu entkräften.

6.2. Arbeitsansätze zur Entkräftung rechtsextremer Narrative

Wo die Soziale Arbeit mit Jugendlichen zusammenarbeitet, wird sie immer wieder mit rechtsextremen Einstellungsmustern konfrontiert sein. Dies wird insbesondere dann zum Problem, wenn durch die Äußerung rechtsextremer Ideologien andere Jugendliche in ihrer Nutzung des Angebots der Sozialen Arbeit eingeschränkt werden. Daher soll es nun um die Auseinandersetzung der Profession mit Rechtsextremismus und rechtsextrem orientierten Jugendlichen gehen.

Hafke et al. (2016) verdeutlichen zunächst allgemein, dass demokratiefördernde und präventive Jugendarbeit immer in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext stattfindet und daher von ihm beeinflusst werde. Rechtsextreme Aktivitäten im Sozialraum, das Vorhandensein attraktiver Angebote für junge Menschen oder das Maß der Zusammenarbeit verschiedener gesellschaftlicher und politischer Akteur*innen im Kampf gegen Rechtsextremismus beeinflussten massiv die Arbeit von Sozialarbeiter*innen mit Jugendlichen vor Ort. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen werde generell vom Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) abgedeckt, das den Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe unter anderem als Hilfe zur Entwicklung einer gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit und als Schutz vor Gewalt definiere. Diesem Auftrag gerecht zu werden, stelle sich jedoch insbesondere in der offenen Jugendarbeit schwierig dar, da das selbstbestimmte Kommen und Gehen der Klient*innen zwar pädagogisch gewollt und sinnvoll sei, jedoch auch die Chance biete, sich Diskussionen und der pädagogischen Arbeit zu entziehen, wenn diese zum Hinterfragen des eigenen Weltbilds führen. Wichtig sei daher in der offenen Jugendarbeit insbesondere, einschätzen zu können, wie weit die Radikalisierung des jungen Menschen fortgeschritten sei. Während weniger gefestigte Jugendliche, die bis dahin lediglich einige Berührungspunkte mit rechtsextremer Ideologie aufwiesen, durch Diskussionen und pädagogische Arbeit noch zu einer kritischen Reflexion ihres Gedankenguts bewegt werden könnten, nutzen in ihrem Weltbild gefestigte und in die rechtsextreme Szene eingebundene Jugendliche die offenen Jugendangebote meist dazu, Diskussionsstrategien zu erproben, instabile Jugendliche zu rechtsextremen Aktivitäten zu rekrutieren und diejenigen Jugendlichen, die nicht dem rechtsextremen Weltbild entsprechen, einzuschüchtern und zu diskriminieren, um sie aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Für gefestigt rechtsextreme Jugendliche könne offene Jugendarbeit daher nicht den passenden pädagogischen Rahmen bieten, um sie zum Überdenken ihrer Ideologie zu bewegen. (vgl. S. 146–149)

Konkret nennen Hafke et al. geschlechterreflektierende Projekte als Möglichkeit, eine kritische Haltung gegenüber rechtsextremen Ideologien zu entwickeln, da eine starke Fixierung auf die traditionelle heteronormative Geschlechterordnung Kernpunkt dieses Weltbild sei, und fordern mehr Projekte in diesem Bereich. Kontinuität, Geduld, Wertschätzung und Flexibilität sowie eine klare demokratische Werteorientierung der Fachkräfte beschreiben die Autor*innen als Grundvoraussetzungen für die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen und betroffenen Peer Groups. Gleichzeitig mahnen die Autor*innen an, dass antifaschistische, demokratisch orientierte Jugendgruppen insbesondere im ländlichen Raum gestärkt werden müssen, da sie die demokratische Kultur vor Ort wesentlich prägen. Da diese aufgrund ihrer Kritik am Status Quo jedoch allzu häufig von Erwachsenen nicht respektiert würden, habe die Soziale Arbeit die Aufgabe, sich hinter diese Jugendgruppen zu stellen. Schließlich könne die Förderung jugendlicher Gegenbewegungen zu rechtsextremen Tendenzen dazu beitragen, die kritische Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Ideologien zu stärken, ohne rechtsextremen Positionen zu viel Raum zu geben. (vgl. Hafke et al. 2016, S. 151–153)

Wichtig für die Soziale Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen seien außerdem eine angemessene finanzielle und infrastrukturelle Ausstattung, damit die Fachkräfte dem Auftrag des KJHG gerecht werden können, die Arbeit im Team und regelmäßige Weiterbildungen und Reflexionsmöglichkeiten innerhalb dieses Teams sowie ein demokratisches, menschenrechtsorientiertes Konzept des Trägers mit dem klaren Bekenntnis zum Schutz von Mitarbeiter*innen und Klient*innen vor Übergriffen durch Rechtsextremist*innen. Demokratiefördernde Jugendsozialarbeit müsse sich im Sozialraum vernetzen und fachlich austauschen. Gegenüber menschenfeindlichem Verhalten müsse sie sich klar positionieren, um Täter*innen nicht zu weiteren Grenzüberschreitungen zu motivieren und den Betroffenen von Diskriminierung Schutz zu bieten. Hierfür schlagen die Autor*innen etwa die Verankerung der demokratischen Kultur in der Hausordnung der Einrichtung vor. (vgl. ebd. S. 155f., S. 158f.)

Vertiefend geht Schmitz (2019) auf die Rolle der Gesamtgesellschaft und der Selbstreflexion der Fachkräfte in der Bekämpfung von Rechtsextremismus ein und greift damit ein aktuell kontrovers diskutiertes Thema auf. So sei Rassismus gleichsam ein Wesensmerkmal des Rechtsextremismus wie Anknüpfungspunkt zur nicht rechtsextremen Mehrheitsgesellschaft. Daher müsse Verständnis dafür geweckt werden, dass Rassismus nicht nur in offensichtlicher Weise, sondern in verschiedenen, teils unterschwelligeren Formen vorkomme, die in unserer Gesellschaft tief verwurzelt seien. Problematisch sei, dass

Rassismus und sonstige Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von der Mehrheitsgesellschaft den Zeiten des Kolonialismus und des Nationalsozialismus oder rechts-extremen Randgruppen zugeordnet würden und somit die Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismus umgangen werde. Gerade diese fehlende Thematisierung der Rassismus-Problematik in der gesellschaftlichen Mitte führe jedoch zu einer Verfestigung entsprechender Sprach- und Verhaltensmuster und diene rassistischen Gewalttäter*innen als Legitimation für ihre Taten. Auch und gerade Angehörige sozialer Berufe, die für sich beanspruchen, Rassismus zu bekämpfen, legen laut der Autorin jedoch rassistische Verhaltens- und Denkmuster an den Tag, was für von Rassismus betroffene Klient*innen besonders fatal sei. Wichtig sei daher das Erkennen und Hinterfragen rassistischer Strukturen in Institutionen, Behörden und Bildungseinrichtungen. Die Autorin fordert weiterhin die Erfüllung des Leitbilds der interkulturellen Öffnung, das sich viele soziale Einrichtungen auf die Fahne schreiben, etwa durch Fortbildungen des Personals zum Thema Erscheinungsformen von Rassismus und Diskriminierung sowie zu Umgangsmöglichkeiten damit, aber auch durch eine Reflexion der Personalstruktur der Einrichtung im Hinblick auf ihr Leitbild und eine dementsprechende Besetzung neuer Stellen. Rassismuskritische Konzepte könnten als Möglichkeit dienen, Alltagsdiskriminierung offenzulegen und ihr mit entsprechenden Bildungsangeboten entgegenzuwirken, etwa in Bezug auf eine rassistische Sozialisierung. Dies sei insbesondere deshalb erforderlich, weil rechtsextreme Gruppen und Parteien die Schwächen der Zivilgesellschaft wie soziale Ungleichheit oder mangelnde demokratische Teilhabe gezielt nutzten, um für sich Stimmung zu machen. Präventive Soziale Arbeit müsse daher schon bei ersten Anzeichen einer solchen Schwäche eingesetzt werden, da sie im Falle akuter gesellschaftlicher Spaltung und rechtsextremer Vereinnahmung der öffentlichen Debatte keine schnellen Lösungen bieten könne. (vgl. Schmitz 2019, S. 11–14)

Darüber hinaus fordern Kaufmann und Sierts (2019), dass sich die Arbeit mit Aussteiger*innen aus der rechtsextremen Szene weniger auf deren Straffälligkeit und Organisationsgrad als vielmehr auf ihre Einstellungsmuster fokussieren solle, da Teile hiervon auch in der nicht rechtsextremen Mehrheitsgesellschaft wiederzufinden seien. Gerade die „Identitäre Bewegung“ inszeniere sich als jugendkulturelle Bewegung, fungiere als Netzwerk zwischen verschiedenen rechtsextremen Akteur*innen und breche mit dem Klischee gewaltsuchender und sozial desintegrierter Jugendlicher, auf die sich auch die Soziale Arbeit in ihrer Vorstellung von Rechtsextremismus fokussiere. Vielmehr seien die „Identitäre Bewegung“ und andere neurechte Akteur*innen im vorpolitischen, oft auch digitalen Raum präsent, der für viele Jugendliche heute ebenso wie die analoge Welt Sozialraum, Diskussionsplattform und

Informationsquelle darstelle. Diese neue Lebensrealität sei durch ein Projekt mit dem Titel „#Realitätscheck“ aufgegriffen worden, das die Autor*innen kurz beschreiben. Wesentlicher Teil dieses Projekts sei ein Video-Blog gewesen, in dem unterschiedliche Expert*innen zu Themen interviewt wurden, die auch von der „Identitären Bewegung“ aufgegriffen werden. Die Videos seien Ausgangspunkt für die kritische Auseinandersetzung rechtsextrem orientierter Jugendlicher mit ihrem Weltbild gewesen. Der Ansatz des Projekts sei somit maximal prozessoffen gewesen. Jugendliche konnten selbst entscheiden, sich die Videos anzusehen und zu kommentieren. Daraufhin konnte das Projektteam in persönlichen Chats themenbezogen demokratische Alternativen zu rechtsextremen Narrativen anbieten. Wichtig seien dabei transparente Verhaltensregeln und eine klare Abgrenzung der Mitarbeiter*innen von rechtsextremer Ideologie gewesen, um den Jugendlichen einerseits klare Grenzen bei der Verwendung menschenfeindlicher Parolen aufzuzeigen und andererseits ein beliebtes rechtsextremes Narrativ der „Zensur“ kritischer Meinungen zu entkräften. Die Konversation habe dabei den entscheidenden Impuls für eine erste kritische Selbstreflexion und gegebenenfalls eine analoge pädagogische Weiterarbeit mit den Jugendlichen gegeben. (vgl. Kaufmann und Sierts 2019, S. 45–47)

Es wird deutlich, dass der Erfolg der Sozialen Arbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in hohem Maße von dem Kontext abhängt, in dem sie stattfindet. Wo sie isoliert eingesetzt wird, aber im Sozialraum keine sonstigen politischen und zivilgesellschaftlichen Bemühungen um eine demokratische Kultur existieren, wird sie kaum eine dauerhafte Verbesserung der Situation erreichen können. Die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung der demokratischen Akteur*innen im Sozialraum, die kritische Selbstreflexion über etwaige eigene Anknüpfungspunkte an rechtsextreme Narrative, alltagsnahe Arbeitsansätze und eine realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und Grenzen in der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen sind Grundvoraussetzungen für erfolgreiche demokratiefördernde Jugendsozialarbeit.

6.3. Sensibilität in der Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen

Während Jugendliche aus privilegierten Elternhäusern vergleichsweise einfach Zugang zu demokratischen Teilhabemöglichkeiten finden, muss die Soziale Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen zunächst eine Ausgangssituation herstellen, in der diese Teilhabemöglichkeiten überhaupt gesehen und ausgeschöpft werden können. Diese Herausforderung der gelebten Partizipation soll im Folgenden thematisiert werden.

In einem Aufsatz über die Möglichkeiten zur Gestaltung von Partizipation für benachteiligte Jugendliche stellt Stark (2018) zunächst klar, dass Partizipation eine „Frage nach Demokratie und der Demokratisierung aller Lebensbereiche“ (Stark 2018, S. 11) sei. Dieser klare, hohe Anspruch, den er formuliert, sei ein altes und grundlegendes Prinzip der Sozialen Arbeit, das auf Menschen- und demokratischen Rechten basiere, wenn auch das dafür verwendete Wort Partizipation noch jung sei. Benachteiligung als ein zu geringer Anteil an Entscheidungsprozessen, oft verbunden mit sozialer und finanzieller Not, beschreibt er dementsprechend als ein Defizit an Partizipation im eigenen Leben. Als Grundsätze der partizipativen und somit demokratiefördernden Sozialarbeit mit benachteiligten Jugendlichen nennt der Autor die Verinnerlichung dieses Grundsatzes im gesamten Hilfeprozess, also die stete Möglichkeit der Jugendlichen, über die Teilnahme an und den Ablauf von Unterstützungsmaßnahmen mitzuentcheiden. Benachteiligte Jugendliche sollten weniger als Klient*innen (also von Unterstützung Abhängige) denn als mündige Bürger*innen des Gemeinwesens anerkannt werden. Dementsprechend habe Partizipation im Sinne eines Machttransfers zugunsten der Jugendlichen auch dann konsequent stattzufinden, wenn dies den Interessen von Erwachsenen widerspreche. Nur so könne sich daraus ein tatsächlicher Mehrwert für jugendliche Klient*innen ergeben. Dies sei auch Inhalt des KJHG, welches die Erarbeitung von Verfahren zur Beteiligung an strukturellen Entscheidungen, Beschwerdemöglichkeiten sowie die Bedarfsermittlung unter der Maßgabe der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Leistungsempfänger*innen als Kriterien für die Kinder- und Jugendhilfe definiere. Schließlich mahnt Stark dazu, Partizipation als Lernprozess zu verstehen, der nur durch Partizipation vorangetrieben werden könne: „In diesem Sinne braucht Partizipation Empowerment als Befähigung zur Selbstbestimmung“ (ebd. S. 12). Der Empowerment-Begriff wird in diesem Zusammenhang als Verwirklichung des Rechts auf unabhängige, gleichberechtigte, selbstbestimmte und gelingendere Lebensführung definiert. Es sei also keine konkrete Methode, sondern eine grundlegende professionelle Haltung, Klient*innen darin zu bestärken. Das politische Mandat der Sozialen Arbeit beinhalte dementsprechend, für strukturelle Voraussetzungen für Partizipation und Empowerment zu streiten, auch im eigenen Arbeitsumfeld. So seien beispielsweise Klient*innenbeiräte in den Vorständen sozialer Organisationen oder die Förderung von Selbstverwaltung und Selbstorganisation unter nur punktueller Hinzuziehung von Sozialprofessionellen möglich. (vgl. Stark 2018, S. 11–13)

Zu den konkreteren Herausforderungen der Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit stellt Wollenhaupt (2018) zunächst fest, dass die Bedeutung von Angeboten der politischen

Bildung und Demokratieförderung für junge Menschen seit einigen Jahren stärker im Fokus politischer Entscheidungsgremien sei. Insbesondere für benachteiligte Jugendliche sei dies wichtig, da ihnen häufig der Zugang zu politischer Bildung durch Familie und Schule fehle. Im Gegensatz zum schulischen Kontext könne die Jugendsozialarbeit mit der demokratischen Bildung an der Lebenswelt der Jugendlichen ansetzen, Wissen ohne Leistungsdruck vermitteln und gleichzeitig die jungen Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit stärken. Die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit könne Teilhabemöglichkeiten jenseits institutionalisierter Politik aufzeigen, da diese, wie in dieser Arbeit bereits erläutert wurde, insbesondere benachteiligten Jugendlichen zunächst fremd, kaum zugänglich und daher für sie uninteressant sei. Da extremistische Gruppen die Möglichkeit der Anerkennung für diejenigen Jugendliche suggerierten, die von bestimmten Privilegien und Ressourcen ausgeschlossen seien, um diese politisch zu instrumentalisieren, könne mehr Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft ein wirksames Mittel gegen extremistische Einstellungen sein. Aufgabe demokratischer Bildung sei es also, Jugendliche zur demokratischen Willensbildung sowie zur Reflexion politischer und gesellschaftlicher Vorgänge zu befähigen. Allerdings mahnt Wollenhaupt an, dass dies bei benachteiligten Jugendlichen unterschiedliche Reaktionen auslösen könne. Im positiven Fall könne die Erkenntnis, dass sie an der mangelnden Teilhabe an der Gesellschaft nicht persönlich schuld sind, sondern ihre Rolle in der Gesellschaft ihnen Zugangsmöglichkeiten verwehrt, Jugendlichen ein neues Selbstbewusstsein verleihen und sie zu einem aktiven Engagement zur Korrektur dieses Missstandes motivieren. Im negativen Fall bedeute diese Erkenntnis der strukturellen Benachteiligung jedoch Ernüchterung und die Abwendung vom demokratischen System, das Gefühl von Ohnmacht und Perspektivlosigkeit. Daher fasst Wollenhaupt zusammen, dass junge, benachteiligte Menschen in der demokratischen Bildungsarbeit Anerkennung erfahren müssen, die ihnen praktisch demokratische Werte und die Wichtigkeit eines aktiven Engagements hierfür vermitteln, und dass durch Empowerment und das Aufzeigen von Entwicklungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Frust über die eigene Lebenssituation in den demokratischen Streit für bessere Lebensverhältnisse aller Gesellschaftsmitglieder umgeleitet werden könne. (vgl. Wollenhaupt 2018, S. 25–27)

In einem Leitfaden für die Jugendbeteiligung in Kommunen (2016) werden einige generelle Grundlagen für erfolgreiche kommunalpolitische Jugendbeteiligungsstrukturen genannt. So solle einerseits an politische Prozesse herangeführt, gleichzeitig aber die teils abschreckende Wirkung der formalisierten Prozesse beachtet werden. Ferner sollten Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität dieser Prozesse in Betracht gezogen werden. Hierbei sei

eine ehrliche Kommunikation des Handlungsrahmens von Jugendbeteiligungsstrukturen genauso nötig wie die Ermöglichung tatsächlicher Teilhabe an Entscheidungen statt eines „Nachspielen[s] demokratischer Verfahren“ (BBE et al. 2016, S. 6). Es müsse ein niedrighelliger Zugang zu Informationen ermöglicht werden. Zudem sei die Etablierung fester Ansprechpersonen für Jugendbeteiligung notwendig. Erwachsenen komme die Aufgabe zu, ihren Kontrollanspruch zu reflektieren und zu zügeln, um Jugendlichen einen Rahmen für Beteiligung zu geben, in dem sie Erfolge erzielen, aber auch aus Misserfolgen lernen könnten. Auch Verwaltungen seien daher angehalten, Offenheit und Gesprächsbereitschaft zu zeigen. Darüber hinaus wird im Leitfaden gefordert, dass Ansprache- und Beteiligungsformen auch und explizit an Jugendliche gerichtet werden müssten, die aus verschiedenen Gründen üblicherweise von politischen Beteiligungsstrukturen ausgeschlossen seien. Heterogene Gruppen seien zwar anstrengend und müssten professionell begleitet werden, schulten aber auch gegenseitiges Verständnis und sachliche Diskussionsfähigkeit. Zudem sei eine jugendgerechte Sprache, insbesondere in der Kommunikation mit kommunalpolitischen Institutionen, die einen für Jugendliche fremden Sprachgebrauch haben, im Gespräch mit Jugendlichen zu beachten. Die Bemühungen lohnten sich jedoch, da die Förderung von jugendlichem Engagement im ländlichen Raum die Bleibeperspektive von jungen Menschen vor Ort verbessere. Signale der Anerkennung und Austauschmöglichkeiten mit anderen Jugendlichen bekräftigten außerdem den Wert ihres Engagements und gäben Ideen und Kraft für die weitere Arbeit. Ein konkreter Vorschlag des Leitfadens besteht außerdem darin, im ländlichen Raum digitale Tools als Ergänzung zur analogen Arbeit zu nutzen, da physische Treffen wegen großer räumlicher Abstände zwischen den Wohnorten und einer oft schlechten öffentlichen Verkehrsanbindung gerade abends oder am Wochenende nicht so oft stattfinden können. (vgl. BBE et al. 2016, S. 6–8, 22)

Diese Erkenntnisse zeigen, dass benachteiligte Jugendliche einen anderen Zugang zu demokratischer Teilhabe benötigen als Jugendliche aus privilegierten Elternhäusern. Eine demokratisch-empowernde professionelle Grundhaltung ist notwendig, um einen Machttransfer von Erwachsenen hin zu Jugendlichen zu ermöglichen und mit Jugendlichen Strategien zu erarbeiten, wie sie ihre Erfahrungen mit Benachteiligung in konkretes Engagement umsetzen können. Kommunale Jugendbeteiligungsstrategien sollten dementsprechend erarbeitet und dauerhaft professionell begleitet werden.

7. Fazit

Es konnte gezeigt werden, dass von rechtsextremen Jugendorganisationen eine Gefahr für Jugendliche ausgeht, insbesondere dann, wenn diese sich bisher kaum oder gar nicht aktiv mit demokratischen Werten und Beteiligungsmöglichkeiten im demokratischen System auseinandersetzen konnten. Ein modernes, jugendkulturelles Auftreten, wie es etwa die „Identitäre Bewegung“ pflegt, sowie eine Wortwahl, die für Laien zunächst keine Verbindung zu rechtsextremem Gedankengut erkennen lässt, schaffen einen niedrighschwelligem Zugang für politisch noch nicht klar orientierte Jugendliche. Die Selbstüberhöhung anhand von Kriterien wie Geburtsort, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung bietet insbesondere für benachteiligte Jugendliche, die ansonsten an häufiges Scheitern und Ausgegrenzt-Sein gewöhnt sind, einen attraktiven Anknüpfungspunkt. Kommen fehlende interkulturelle Berührungspunkte und die mangelnde Attraktivität demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten hinzu, gibt es kaum Möglichkeiten für Jugendliche, der demokratiefeindlichen Argumentation rechtsextremer Jugendorganisationen etwas entgegenzusetzen und sich dieser zu entziehen.

Die demokratiefördernde Jugendsozialarbeit bietet vielfältige Möglichkeiten, Jugendliche resilient gegen rechtsextreme Parolen zu machen und sie dazu zu ermutigen, eine aktive Rolle in der demokratischen Gesellschaft einzunehmen. Eine Personalstruktur, von der sich alle Jugendliche in der multikulturellen Gesellschaft angesprochen und verstanden fühlen, eine klare, professionelle Haltung gegenüber demokratiefeindlichen Ideologien, die Verankerung der Sozialen Arbeit im Gemeinwesen sowie die damit einhergehende Vernetzung mit anderen Professionen und ehrenamtlich Aktiven sind hierfür wichtige Kriterien. Insbesondere im ländlichen Raum, wo die Angebotsstruktur im Bereich der Freizeitgestaltungs- und Engagement-Möglichkeiten kleiner ist als in urbanen Räumen, ist eine intensive Zusammenarbeit der demokratischen und sozialen Akteur*innen vor Ort von großer Bedeutung. Ländliche Räume können Modellregionen für innovative, beispielsweise digitale Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche sein. Freiräume für Jugendliche, etwa selbstverwaltete Treffpunkte und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik sind wichtige Faktoren, um ländliche Räume für Jugendliche lebenswert zu machen. Sich hierfür einzusetzen, auch in Teilen entgegen der Interessen von Erwachsenen, ist das politische Mandat der Sozialen Arbeit.

Hieraus ergeben sich drei wesentliche Notwendigkeiten in der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit. Angesichts einer immer deutlicheren Bedrohung der demokratischen Gesellschaft durch den Rechtsextremismus ist eine verlässliche Finanzierung notwendig, die Sozialarbeiter*innen und anderen Akteur*innen im Gemeinwesen die Möglichkeit eröffnet, Netzwerke zu bilden und ihre Arbeit langfristig auszurichten. Um neue Zielgruppen zu erschließen und das Zusammenwirken dieser beiden Bildungsformen zu ermöglichen, muss sich auch die schulische politische Bildung stärker ins Gemeinwesen öffnen, die Soziale Arbeit, Jugendeinrichtungen und im Gemeinwesen aktive demokratische (Jugend-)Gruppen in ihre Arbeit einbeziehen. Der Zugang zu demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten kann hierdurch niedrigschwelliger und praktischer erfolgen. Schließlich ist eine intensivere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus notwendig. Zum einen muss die Profession der Sozialen Arbeit ein stärkeres Problembewusstsein für diese Ideologie und ihre gesellschaftlichen Anknüpfungspunkte entwickeln und Grundlagenwissen über rechtsextreme Gruppen, Symbole und Argumentationslinien sowie entgegenwirkende pädagogische Konzepte in der Lehre verpflichtend verankern. Zum anderen muss eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über Rechtsextremismus, seine Auswirkungen und das demokratische Engagement dagegen geführt und auf politischer Ebene wie oben beschrieben verankert werden. Dies zu unterstützen und diese Diskussionen in der Breite der Gesellschaft anzustoßen ist ein wichtiges Ziel der demokratiefördernden Jugendsozialarbeit.

Literaturquellen

Baer, S. und Weilnböck, Dr. H. (2019). „Same, same, but different“? Prinzipien von Jugend(sozial)arbeit und Extremismusprävention. In: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2018). Dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Ausg. 22/2019. Berlin. S. 4–9.

Beack, J.-P. (2018). Unter der Decke. Die Liebesaffäre von Identitären und AfD. In: Speit, A. (Hrsg.) (2018). Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin: Christoph Links Verlag. S. 107–126.

Burdewick, I. (2003). Jugend – Anerkennung – Politik. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-jähriger. Opladen: Verlag Leske + Budrich.

Freisinger, M. (2020). Forschungsbericht. Interesse von Jugendlichen am Jugendforum Falkensee. Berlin: Katholische Hochschule für Sozialwesen.

Grumke, T. (2017). Rechtsextremismus in Deutschland. Begriff – Ideologie – Struktur. In: Glaser, S. und Pfeiffer, T. (Hrsg.) (2017). Erlebniswelt Rechtsextremismus. Modern – subversiv – hasserfüllt. Bonn: Wochenschau Verlag. S. 21–40.

Kaufmann, F. und Sierts, L. (2019). Die Quadratur des Kreises? – Zur pädagogischen Auseinandersetzung mit neurechten Jugendlichen. In: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2018). Dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Ausg. 22/2019. Berlin. S. 45–48.

Lorenzen, H. (2018). „Wer sind wir und wie viele?“ Demokratie und Aushandlungsprozesse in der politischen Jugendbildung über unser Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft. In: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2018). Dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Ausg. 19/2018. Berlin. S. 40–42.

Röpke, A. (2018). Alte Netzwerke für junge Kader. Die Verbindung völkischer Familien zur Identitären Bewegung. In: Speit, A. (Hrsg.) (2018). Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin: Christoph Links Verlag. S. 142–159.

Schmitz, A. (2019). Nicht erst wenn's knallt – Qualifizierung und beratende Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen sowie von Sozialarbeiter_innen und Pädagog_innen zum Thema Rechtspopulismus und Rassismus. In: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2018). Dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Ausg. 22/2019. Berlin. S. 10–15.

Speit, A. (2018a). Avantgarde rückwärts. Die geistigen Grundlagen der Identitären Bewegung. In: Speit, A. (Hrsg.) (2018). Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin: Christoph Links Verlag. S. 56–72.

Speit, A. (2018b). Reaktionärer Klan. Entwicklung der Identitären Bewegung in Deutschland. In: Speit, A. (Hrsg.) (2018). Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin: Christoph Links Verlag. S. 17–41.

Stark, Prof. Dr. C. (2018). Benachteiligte Jugendliche in Beteiligungsprozesse einbeziehen – Möglichkeiten und Perspektiven zur tatsächlichen Partizipation. In: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2018). Dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Ausg. 19/2018. Berlin. S. 10–14.

Tabakovic, P. (2018). Demokratieförderung und politische Bildung in der Jugendsozialarbeit – Aufgabe, Beitrag und Herausforderungen. In: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2018). Dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Ausg. 19/2018. Berlin. S. 4–9.

Wollenhaupt, A. (2018). Herausforderungen der Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit – Zwischen Empowerment und Systemkritik. In: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2018). Dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit. Ausg. 19/2018. Berlin. S. 24–28.

Internetquellen

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Hrsg.) (2016). Die „Identitären“ in Brandenburg. Potsdam. URL: <https://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/12/Identit%C3%A4re-Brandenburg.pdf> [09.12.2020]

Berrissoun, M. und Seven, Ü. S. (2016). Erfolgreiche Jugendsozialarbeit im interdisziplinären und interkulturellen Team – Die 180°-Wende. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2016). Ideologien der Ungleichwertigkeit. Berlin. S. 170–179. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/201605_ideologien_der_ungleichwertigkeit.pdf?dimension1=division_demo [01.02.2021].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2. Aufl. 2019). In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. Berlin. URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/146330/a6f7b2c5fbd995374eb7e7c22b8a4777/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-die-jugendstrategie-der-bundesregierung-data.pdf> [01.02.2021].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020). Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Zentrale Ergebnisse. Berlin. URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/156432/c022434af92b1044dbf45647556b834d/dritter-engagementbericht-zentrale-ergebnisse-monitor-data.pdf> [01.02.2021].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2016). Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Berlin. URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf> [01.02.2021].

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Servicestelle Jugendbeteiligung e.V. & Youth Bank Deutschland e.V. (Hrsg.) (2016). Leitfaden Jugendbeteiligung in Kommunen. Grundlagen für den Aufbau von Jugendforen für Demokratie. Berlin. URL: https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/06_Service/02_Publikationen/2016/2016-leitfaden-jugendbeteiligung-kommunen.pdf [01.02.2021].

Deutsche Shell Holding GmbH (Hrsg.) (2019). Zusammenfassung der Shell Jugendstudie. Hamburg. URL: https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/top-tasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf [10.11.2020].

Fröhlich, A. (2019). Er ist wieder da in Brandenburgs AfD-Fraktion. In: *Der Tagesspiegel*. Rubrik Berlin. 25.10.2019. URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/mann-mit-rechtsextremen-verbindungen-er-ist-wieder-da-in-brandenburgs-afd-fraktion/25152724.html> [12.12.2020].

Fröhlich, A. & Jansen, F. (2019). AfD-Politiker Hohm taucht im Verfassungsschutz-Papier auf. In: *Potsdamer Neueste Nachrichten*. Rubrik Brandenburg. 21.01.2019. URL: <https://www.pnn.de/brandenburg/brandenburg-afd-politiker-hohm-taucht-im-verfassungsschutz-papier-auf/23889266.html> [12.12.2020].

Hafke, T. et al. (2016). Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2016). Ideologien der Ungleichwertigkeit. Berlin. S. 144–161. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/201605_ideologien_der_ungleichwertigkeit.pdf?dimension1=division_demo [01.02.2021].

Hannes Gnauck – AfD (24.11.2020). Ja, ich bin ein strikter Maskengegner. Facebook. URL: https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=1031051950741214&id=559704501209297 [12.12.2020].

Jansen, F. (2019). Brandenburger AfD-Rechtsaußen gibt Parteiposten auf. In: *Der Tagesspiegel*. Rubrik Berlin. 31.01.2019. URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/jean-pascal-hohm-brandenburger-afd-rechtsausen-gibt-parteciposten-auf/23934990.html> [12.12.2020].

Junge Alternative Brandenburg (07.06.2017). Abendveranstaltung der JA Brandenburg. Facebook. URL: <https://m.facebook.com/jungealternativebrandenburg/photos/1304210073028976> [12.12.2020].

Junge Alternative Brandenburg (08.02.2020). JA zu Besuch in der Mühle Cottbus. Facebook. URL: <https://m.facebook.com/528819367234721/posts/2669847136465256/> [12.12.2020].

Junge Alternative Brandenburg (25.05.2020). Vergiss nie deine Heimat. Facebook. URL: https://m.facebook.com/photo.php?fbid=2918108994972401&id=528819367234721&set=a.529151727201485&refid=13&__tn__=%2B%3E [12.12.2020].

Junge Alternative Brandenburg (14.11.2020). Weitere Impressionen von unserer Podiumsdiskussion. Facebook. URL: <https://m.facebook.com/528819367234721/posts/3415621755221120/> [12.12.2020].

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2020). Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2019. Pressefassung. Potsdam. URL: https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/29_01_2021_Broschur_MIK_Verfassungsschutz%202019_Internet.pdf [01.02.2021].

SPD Brandenburg, CDU Brandenburg, Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg (2019). Ein neues Kapitel für Brandenburg. Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit. Gemeinsamer Koalitionsvertrag von SPD Brandenburg, CDU Brandenburg und Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg. URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/191024_Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf [16.12.2020].

Anhang

Ergebnisse der Umfrage zum Interesse von Jugendlichen am Jugendforum Falkensee

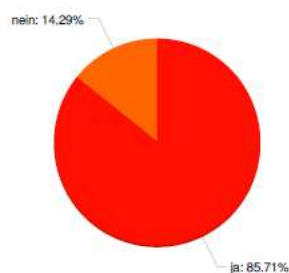
Interesse von Jugendlichen am Jugendforum Falkensee

1. 1. Ist Dir das Jugendforum Falkensee bekannt? *

Anzahl Teilnehmer: 70

60 (85.7%): ja

10 (14.3%): nein



2. 2. Woher kennst Du das Jugendforum Falkensee?

Anzahl Teilnehmer: 61

18 (29.5%):

Internet/Social Media

11 (18.0%):

Informationen vonseiten Deiner Schule

46 (75.4%):

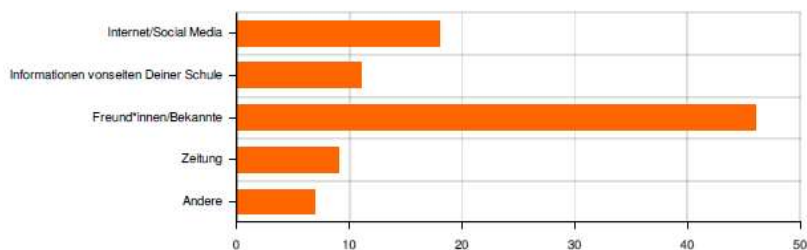
Freund*innen/Bekannte

9 (14.8%): Zeitung

7 (11.5%): Andere

Antwort(en) aus dem Zusatzfeld:

- Meinen Vater
- Ich war selbst Mitglied
- Lennard
- Nein
- Familie
- Toni K. Stadtfest
- Marius, weil der immer viel Zeug postet

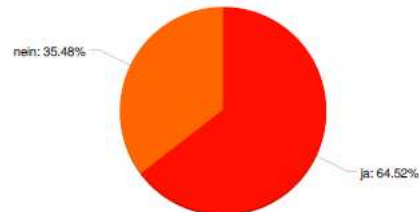


3. Warst Du schon einmal bei einem Treffen oder einer Veranstaltung des Jugendforums (z.B. Jugendkonferenz, Polit-Talk, Sommerkino, offenes Treffen etc.)?

Anzahl Teilnehmer: 62

40 (64.5%): ja

22 (35.5%): nein



4. Welche Schule besuchst Du aktuell? *

Anzahl Teilnehmer: 70

3 (4.3%): Lise-Meitner-Gymnasium Falkensee

20 (28.6%): Vicco-von-Bülow-Gymnasium Falkensee

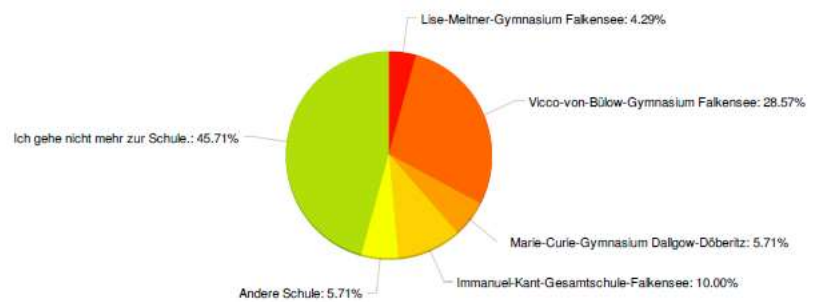
4 (5.7%): Marie-Curie-Gymnasium Dallgow-Döberitz

7 (10.0%): Immanuel-Kant-Gesamtschule-Falkensee

- (0.0%): Oberschule Falkensee

4 (5.7%): Andere Schule

32 (45.7%): Ich gehe nicht mehr zur Schule.



5. Wie sehr bist du allgemein daran interessiert, zu einem Treffen oder einer Veranstaltung des Jugendforums zu gehen? *

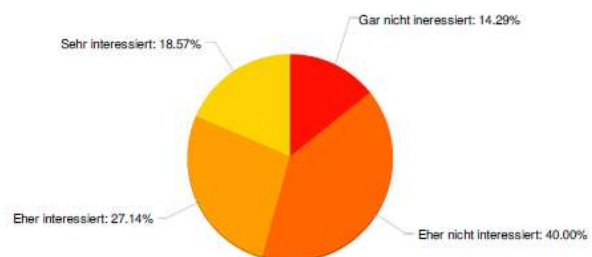
Anzahl Teilnehmer: 70

10 (14.3%): Gar nicht ineressiert

28 (40.0%): Eher nicht interessiert

19 (27.1%): Eher interessiert

13 (18.6%): Sehr interessiert



6. 6. Wie viele Stunden in der Woche bist Du ehrenamtlich engagiert?

(z.B. als Schüler*innensprecher*in, im Tierheim, in einer sozialen Organisation, bei der Feuerwehr, in Umwelt-/Klimaschutz-Gruppen, in einer politischen Organisation, in einer religiösen Gemeinschaft etc.) *

Anzahl Teilnehmer: 68

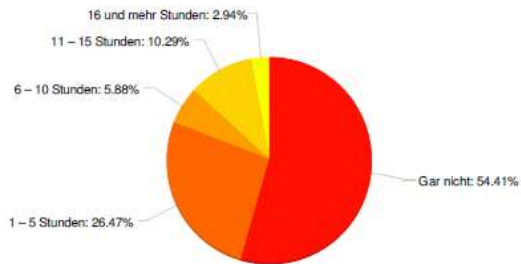
37 (54.4%): Gar nicht

18 (26.5%): 1 - 5 Stunden

4 (5.9%): 6 - 10 Stunden

7 (10.3%): 11 - 15 Stunden

2 (2.9%): 16 und mehr Stunden



7. 7. Wie viele Stunden in der Woche sind Deine Familienmitglieder, die in Deinem Haushalt wohnen, ehrenamtlich engagiert? *

Anzahl Teilnehmer: 68

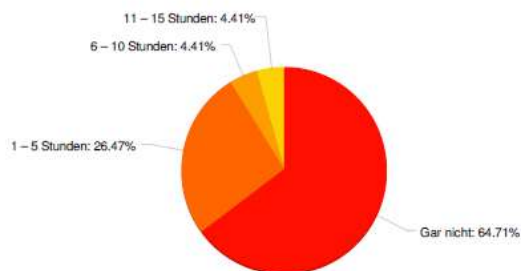
44 (64.7%): Gar nicht

18 (26.5%): 1 - 5 Stunden

3 (4.4%): 6 - 10 Stunden

3 (4.4%): 11 - 15 Stunden

- (0.0%): 16 und mehr Stunden



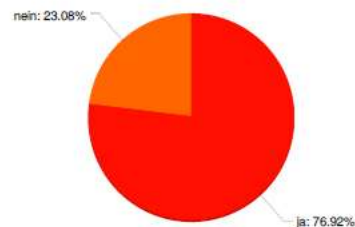
8. 8. Ist Dir das „EGAL“ bekannt?

(Erklärung: Das „EGAL“ war ein Ort, in dem sich das Jugendforum getroffen und den es selbst verwaltet und gestaltet hat. Wegen geplanter Baumaßnahmen wurde das Haus, in dem sich u.a. das „EGAL“ befand, 2019 abgerissen.) *

Anzahl Teilnehmer: 65

50 (76.9%): ja

15 (23.1%): nein

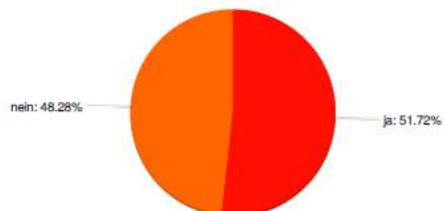


9. 9. Warst Du zur Zeit seines Bestehens mal im „EGAL“ (z.B. um Freund*innen zu treffen oder zu einer Veranstaltung/einem Treffen des Jugendforums)?

Anzahl Teilnehmer: 58

30 (51.7%): ja

28 (48.3%): nein



10. 10. Warst Du in den letzten 12 Monaten in einem anderen Jugendtreff in Falkensee? *

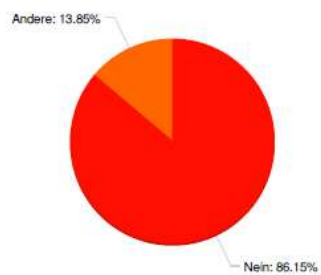
Anzahl Teilnehmer: 65

56 (86.2%): Nein

9 (13.8%): Andere

Antwort(en) aus dem Zusatzfeld:

- Jugendclub Alte Post
- Alte Post
- Jahresbesprechung
- Alte Post
- alte Post
- Fridays for Future Vorbereitung,
- Adventskalender,
- Halloween
- Alte Post
- Jugendforum / Alte Post
- überall

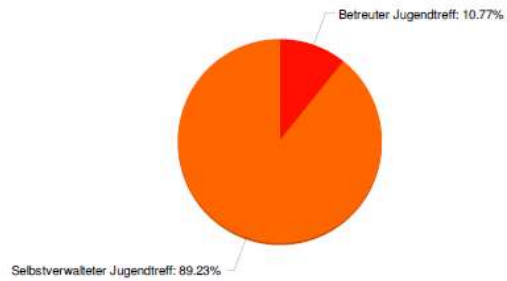


11. 11. Welches Format ist Dir für einen Jugendtreff lieber: ein von ausgebildeten Erwachsenen betreuter oder ein von Jugendlichen selbstverwalteter Jugendtreff? *

Anzahl Teilnehmer: 65

7 (10.8%): Betreuter Jugendtreff

58 (89.2%): Selbstverwalteter Jugendtreff



12. 12. Wie sehr bist Du allgemein daran interessiert, einen vom Jugendforum selbst verwalteten Treffpunkt mitzugestalten, wenn es so etwas wieder in Falkensee gäbe? *

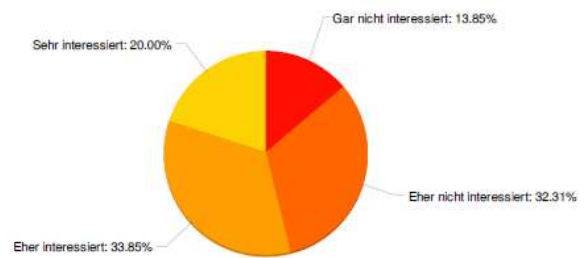
Anzahl Teilnehmer: 65

9 (13.8%): Gar nicht interessiert

21 (32.3%): Eher nicht interessiert

22 (33.8%): Eher interessiert

13 (20.0%): Sehr interessiert



13. 13. In welchen Themenbereichen würdest Du Dich gern ins Jugendforum einbringen? *

Anzahl Teilnehmer: 63

19 (30.2%):

Kommunalpolitik in Falkensee

17 (27.0%): Politik allgemein (Brandenburg / Deutschland / EU / international)

27 (42.9%): Veranstaltung von Partys

33 (52.4%): Kultur (z.B. Musik, Film, Kunst etc.)

18 (28.6%): Sport

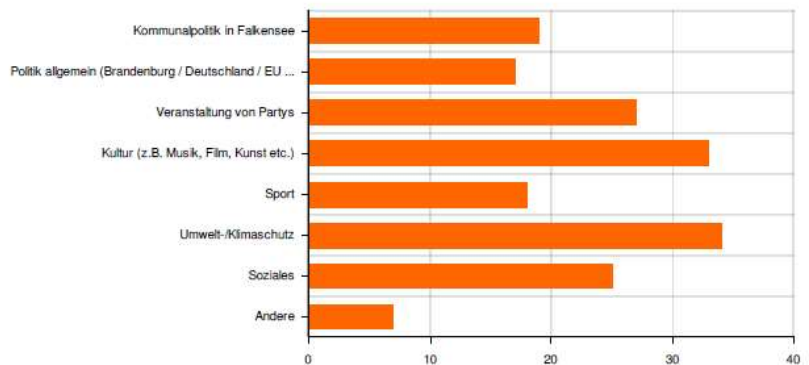
34 (54.0%): Umwelt-/Klimaschutz

25 (39.7%): Soziales

7 (11.1%): Andere

Antwort(en) aus dem Zusatzfeld:

- -
- Tierschutz
- Yoga, Bewusstsein
- nein
- Vernetzung von Schulen
- -
- Spieleabendorganisation



14. 14. Welche Veranstaltungsformate interessieren Dich? *

Anzahl Teilnehmer: 63

6 (9.5%): Web-Konferenzen

10 (15.9%): Online-Diskussionsformate

16 (25.4%): Flashmobs

42 (66.7%): Gruppenaktionen im Freien

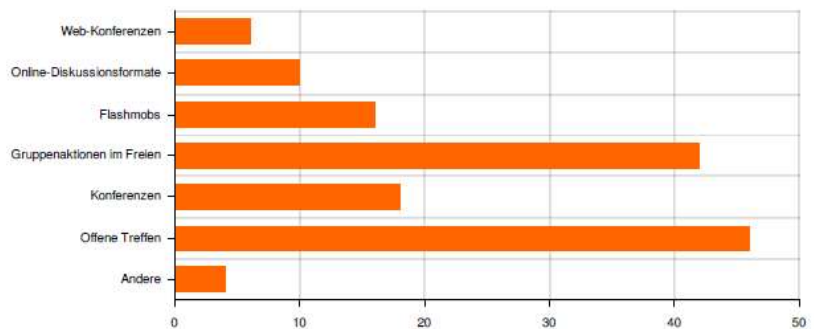
18 (28.6%): Konferenzen

46 (73.0%): Offene Treffen

4 (6.3%): Andere

Antwort(en) aus dem Zusatzfeld:

- Podiumsdiskussionen
- Basteltage, bastelaktionen
- Nein
- Keine



15. Wenn Du 15.000 Euro im Jahr zur Verfügung hättest, um jugendfreundliche Projekte in Falkensee zu realisieren, und Du könntest allein darüber entscheiden, welche Projekte wären das?

Anzahl Teilnehmer: 28

- Aufklärung und Förderung von Jugendlichen (sei es Drogen, Umwelt, Politik, Schule etc.) Generell mehr in Jugendarbeit und Gestaltung der Stadt (etwa treffpunkte wie Parks o.ä.)
 - Diskos
 - selbstverwalteter Jugendtreff (mehr wird bei 15 Mille nicht drin sein)
 - Soziale Projekte wie z. B. Kennenlernveranstaltungen mit Jugendlichen aus den Flüchtlingsheimen
 - Sportpark (Freeletics)
Gestaltung des Angers
Gestaltung des Gutsparks, als Familien- und Freizeitort
fahrradfreundliches Falkensee (Fahrradwege, bessere Wege, Sicherheit)
 - Jugendkonferenz mit anderen Jugendgruppen/Jugendforen/Jugendbeiräten aus Brandenburg
Ein breites Angebot an Partys um viele Jugendliche zu erreichen, aber auch andere Veranstaltungen
Einen weiteren Tunnel anmalen (siehe Rosentunnel, Falkensee)
Jugendforum-AG an Schulen? Schulenübergreifende Veranstaltungen
 - Mehr Möglichkeiten zum Lastentransport für Jugendliche bereitstellen (Lastenfahrräder, Fahrradanhänger usw)
Mehr Events, bei denen "verunstaltete" Flächen künstlerisch aufbereitet und neu dekoriert werden
Irgendwie einen selbstverwalteten Treffpunkt aufbauen, weil das echt Spaß macht
 - einen alten Bauwagen in den Gutspark fahren und ein kleines Cafe mit Freiluftkino eröffnen
altes Stellwerk am Falkensee Bahnhof mieten und ausbauen als offener Jugendtreff
 - Kreativtreffen
 - Kindern in Not helfen (z.b. Kinder von Harts IV- Eltern), Flüchtlingsprojekte helfen, Politische Projekte, Bastelaktionen (Mutter/ Vatertag), Sportaktionen...
 - Freizeitlocations
Fahrradwege
-
- Projekt für eine Bar/ einen Club, Projekte für die Umwelt damit sie uns erhalten bleibt
 - Wüsste ich nichts konkretes
 - So genau kann ich mir das nicht vorstellen, weil ich nicht so viel in Jugendtreffs aktiv bin aber ich würde Treffs veranstalten in denen man gemeinsam etwas für die Umwelt tut oder in denen man ganz locker über bestimmte Themen diskutieren kann. Was ich auch tun würde wären Kulturabende in denen Jugendliche aus verschiedenen Ländern etwas typisches aus ihrem Land kochen oder backen könnten oder Abende in denen einfach verschiedene Kulturen und Länder präsentiert werden. Das würde zum einen der Integration auf die Sprünge helfen und Vorurteile abbauen, wenn man sich mit Menschen aus fernen Kulturen austauschen kann.
Darauf gehen ja keine 15.000 Euro drauf aber das wären so meine Ideen...
 - Bordelle oder ein eigenen Kleinwagen
 - • Bahnen vom Falkensee Bahnhof im 15 Minuten Abstand nach Berlin
 - Eine Bar für Jugendliche (späti artig)
 - Ausbau von Radwegen
 - Eigenes Haus für das EGAL.
 - Vielleicht die Unterstützung von Jugendlichen aus ärmeren Verhältnissen.
 - Selbstverwalteter Jugendtreff
Großes Kulturprogramm
 - Umweltfreundliche Schulen
 - Ich habe nicht genügend Kenntnis über möglichkeiten :(
 - Konzerte
 - Dafür müsste ich erstmal wissen, welche es gibt. Da habe ich leider überhaupt keine Ahnung.
Aber ganz allgemein würde ich umweltbildende Projekte finanzieren, um Kindern (und Jugendlichen) so früh wie möglich einen respektvollen Umgang mit der Natur zu zeigen und für Umwelt(probleme) zu sensibilisieren. Dieses Thema wird uns immer begleiten, besonders jetzt.
 - Bessere Fahrradwege,
Grünbepflanzungen, vielleicht einen kontrollierten Kräutergarten
 - Treffen für Jugendliche aus schwierigem Elternhaus
Politische Treffen zu Themen wie Umweltschutz, Soziales (vor allem Sexismus und Diskriminierung) um zu sensibilisieren und sich als Jugendliche in der Kommunalpolitik einzubringen
 - Keine Ahnung

16. 16. Gibt es noch weitere Dinge, die Du uns an dieser Stelle zum Thema dieser Umfrage oder zur Umfrage selbst mitteilen möchtest?

Anzahl Teilnehmer: 9

- Die Gruppe sollte irgendwie noch mal in 2 geteilt werden, welche trzdm zsm agieren. Denn ein 14 bis 15 jähriger/e mag nicht so gern mit dem rest, der voll jährige oder kurz davor ist zu fungieren
- - ehemaliges Mitglied des Jugendforums
- Mehr Kontinuität bei Events
Interessierte sollten besser als Geschehen eingebunden werden (es besteht ein sehr eingesessene Struktur/ Positionen)
- Ich bin selbst Ratsmitglied, demnach sind meine Antworten sehr Pro-JuFo, ich hoffe noch einige Freunde und Bekannte dazu zubringen diese Umfrage zu machen. Viel Glück bei deiner Arbeit Martina!
- Nö
- Nein
- Ich bin im JuFo aktiv.
- bin bereits aktives mitglied
- Ich finde, die Umfrage ist gut ausgearbeitet, leicht verständlich und klar gehalten. Sie war schnell zu beantworten, man konnte sich dennoch Gedanken machen.
Sehr schön und viel Erfolg!

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich an Eides Statt, dass ich die vorliegende Bachelorthesis selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form an keiner anderen Stelle vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Falkensee, den 04.02.2021

Ort, Datum

Martina Freisinger